

# Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 343 · 30. JAHRGANG · AUSGABE 4/2024 VOM 28. MÄRZ 2024 · 1 EURO

4 | Ein Feuerwerk  
von Vorwürfen

Von der März-StVV in Eberswalde

8 | Faschismus  
durch die Hintertür

Proteste gegen einen »Geheimplan«

11 | Weniger  
gefährdete Arten

»Erfolgreicher« Naturschutz per Gesetz

Vor 25 Jahren:

## Angriffskrieg der NATO gegen Jugoslawien

Am 24. März vor 25 Jahren öffnete die NATO endgültig die Büchse der Pandora. Der Angriff auf das damalige Jugoslawien, bestehend aus Serbien und Montenegro, erfolgte ohne Mandat des Sicherheitsrates der UNO. Die vorgeschobenen Begründungen (»Hufeisenplan«) erwiesen sich später als Lügen – wie später das Giftgas im Irak, das Anlaß des dritten Golfkriegs mit Regime-Change im Irak einschließlich der regulären Ermordung des Staatschefs Saddam Hussein war.

Dieser Angriffskrieg war ein Endpunkt in einer ganzen Reihe von Krisen, Sezessionen und Bürgerkriegen mit ausländischer Einmischung in Jugoslawien, die nicht zuletzt von der BRD-Regierung angefeuert wurden mit dem Ziel, den deutschen Einfluß auf dem Balkan zu erhöhen. Bosnien-Herzegowina wurde schon 1995 faktisch zu einem Treuhandgebiet von Europäischer Union und NATO. Der dortige Statthalter, »Hoher Repräsentant« genannt, verfügt über Machtbefugnisse ähnlich eines absolutistischen Herrschers. Derzeit hat der Deutsche Christian Schmidt (CSU) dieses hohe Kolonialamt inne.

Gegen den NATO-Angriff auf Jugoslawien gab es damals auch in Eberswalde starke Proteste, beispielsweise mit einer Dauer-Mahnwa-

che auf dem damaligen Pavillonplatz, auf dem heute das Kreishaus steht. Offizielle Proteste gab es damals auch in der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung von der PDS und sogar von der FDP (BBP 4/1999), während der damalige Bürgermeister Reinhard Schulz das völkerrechtswidrige Vorgehen unterstützte (BBP 6/1999).

»Die Einzelheiten des Völkerrechts interessieren mich nicht«, ließ der damalige Kriegsminister Rudolf Scharping (SPD) wissen. Eine der Folgen des Angriffskrieges von 1999 war die faktische Abspaltung der serbischen Provinz Kosovo, vom Westen befördert, anerkannt und durch militärische Präsenz garantiert. Noch heute sind 4.800 NATO-Soldaten aus 28 Ländern im Kosovo stationiert. Demnächst soll das deutsche Kontingent wieder einmal aufgestockt werden.

Die Ereignisse in der Ukraine 2022 sind auch Folge des völkerrechtswidrigen Angriffs von 1999 auf Jugoslawien. Das wird heute sehr gerne unter den Tisch gekehrt. Wer heutige Angriffskriege verurteilt, ohne an die eigenen illegalen Angriffskriege der jüngeren Vergangenheit zu erinnern, outet sich als erbärmlicher Heuchler.

GERD MARKMANN



Am Samstag vor Ostern hat der Dorfverein Gemeinsam Lichterfelde e.V. die Verkehrsinsel an der Buswendeschleife wieder österlich geschmückt. Neun fleißige Helfer waren aktiv. Die Blumenkästen wurden mit Stiefmütterchen und Osterglocken bepflanzt, welche gegenüber der Kälte robust sind. An Zweigen sind bunte Ostereier sowie viele lustige Osterhasen aus Textil und Holz angehängt. Das Laub auf der Fläche wurde zusammengeharkt und abgefahren; dabei wurde behutsam agiert, um die aktuell blühenden Blausternchen nicht zu beschädigen.

Der nächste Einsatz auf dieser Fläche wird eine Mahd sein, wenn das Gras im fortgeschrittenen Frühjahr eine gewisse Höhe erreicht hat. Weiterhin werden die Blumenkästen aus Holz bei trockener Witterung einen neuen Anstrich erhalten. Danach wird die Verkehrsinsel für die warme Jahreszeit wieder in einem ansehnlichen Zustand glänzen.

Mit der Pflege der Verkehrsinsel an der Buswendeschleife und der Lichterfelder Badestelle am Großen Buckowsee hat der Dorfverein seit Jahren, ganz nach dem Motto »Bürger für Bürger« eine Aufgabe übernommen, um den Bauhof der Gemeinde Schorfheide etwas zu entlasten.

Dr. ANDREAS STEINER, stellv. Vorsitzender Gemeinsam Lichterfelde e.V.

## Das große Karthago

»Wenn man sich überlegt, daß in diesen Tagen deutsche Politiker davon erzählen, den Krieg nach Rußland zu tragen und tatsächlich nicht auf der Stelle verhaftet werden, wenn diese Politiker über die Zerstörung von Bauwerken in anderen Ländern nachdenken - und wenn man weiß, daß man in Rußland über die darauffolgenden Vergeltungsschläge nachdenkt, und überlegt, welche Bauwerke dafür in Deutschland in Frage kommen könnten, so können wir nur hoffen, daß diese Geschichte nicht fortgeschrieben wird.«

Bei diesen Worten von UDO MUSZYNSKI anlässlich der Lesung mit HANS JÖRG RAFALSKI, der am 9. März im Rahmen von Guten-Morgen-Eberswalde im Saal des Paul-Wunderlich-Hauses am Eberswalder Marktplatz sein Weißbuch über den amerikanischen Luftangriff auf Niederfinow und die letzten Kriegswochen im Finowtal zwischen dem 26. Februar und dem 8. Mai 1945 mit dem schlichten Titel »Niederfinow« vorstellte, liefen mir Schauer über den Rücken. Wie recht er doch hat. Da tummeln sich Leute in Bundestag und Regierung, die offen und ungeheuerlich - den Grundgesetzartikel 26 negierend - das Land in den nächsten Krieg führen wollen.

Wie sagte einst Bertolt Brecht: Das große Karthago führte drei Kriege. Nach dem ersten war es noch mächtig. Nach dem zweiten war es noch bewohnbar. Nach dem dritten war es nicht mehr aufzufinden.

Jetzt sitzen Typen und Typinnen an den Regierungshebeln, die die BRD »kriegstüchtig« machen wollen (Pistorius), die das Land auf »einen Landkrieg« vorbereiten wollen und dabei Panzer zu Feuerwehrautos verharmlösen (Habeck), die das immer maroder werdende Gesundheitssystem für Kriegsverletzte fit machen wollen (Lauterbach), die mit einer Art »Wehrkundeunterricht« die Kinder nicht nur in den Schulen, sondern sogar schon im Kindergarten auf Krieg trimmen wollen (Stark-Watzinger). Wer kann und will diesen Irren Einhalt gebieten?

Nochmal Brecht: Wer die Wahrheit nicht weiß, der ist bloß ein Dummkopf. Aber wer sie weiß, und sie eine Lüge nennt, der ist ein Verbrecher!

Wissen es die erwähnten Typen und Typinnen nicht? Schwer zu glauben - wenn man die bildungsfernen armen Seelen, die derzeit nicht unwesentlich die Grünen repräsentieren und nebenbei die schlimmsten frauenfeindlichen Klischees zu bestätigen scheinen, mal ausläßt.

Haben wir es also mit Verbrechern zu tun?

Und noch einmal Brecht: Wenn Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht!

Im Grundgesetz Artikel 20 liest sich das so: Gegen jeden, der es unternimmt diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist. Noch scheint andere Abhilfe mög-

GERD MARKMANN

## »Niederfinow« in Eberswalde

Lesezeit bei Guten-Morgen-Eberswalde



FOTO: GERD MARKMANN

Im Rahmen der 870. Ausgabe von Guten-Morgen-Eberswalde am 9. März stellte der Autor HANS JÖRG RAFALSKI sein neues Buch »Niederfinow« vor. Nach EROSION 1 und 2 widmet sich Rafalski Neuerscheinung noch einmal einem regionalen Finowtaltheema.

Im Zentrum stehen die letzten Kriegswochen im Frühjahr 1945, die Geschichte des Luftangriffs auf Niederfinow am 26. Februar 1945 und die damit verbundene Gefahr der Zerstörung des Schiffshebewerkes Niederfinow. Zum Ereignis, welches nahezu genau 79 Jahre zurückliegt, ist eine umfangreiche Dokumentation entstanden, die in der Gegenüberstellung deutscher Zeitzeugenberichte und sowjetischer Operationsberichte zu einem Weißbuch beglaubigt wird.

Im Saal des Kreishauses konnten zur Lesung am 9. März rund 130 Zuhörer gezählt werden, für die die Sitzplätze nicht ausreichten.

## 500 Euro mehr für Busfahrer

Tarifabschluß für den Nahverkehr Brandenburg

**Die Gewerkschaft ver.di hat mit dem Arbeitgeberverband Brandenburg einen Abschluß für den Tarifvertrag Nahverkehr (TV-N) erreicht. Am 18 März stimmten die Gremien der beiden Tarifparteien dem Abschluß zu. Damit kann er nun umgesetzt werden. Vorausgegangen waren insgesamt zwei Streikwellen bei den Brandenburger Nahverkehrsbetrieben.**

Der Abschluß sieht eine Erhöhung der Gehälter um 13 Prozent, mindestens jedoch 340 Euro ab dem 1. Juli 2024, und eine weitere Anhebung um 2 Prozent ab dem 1. Januar 2025 vor. Beschäftigte im Fahrdienst erhalten für jeden Tag im Fahr- oder Bereitschaftsdienst eine Zulage von 5 Euro. Der Zuschlag für geteilte Dienste (Fahrdienste mit langen unbezahlten Arbeitsunterbrechungen) wird von 2 Euro auf 7 Euro (einmalige Teilung) bzw. 9 Euro (mehrmalige Teilung) erhöht. Darüber hinaus wurde die Sonderzahlung erhöht, eine Zulage für langjährige Beschäftigte eingeführt und die Regelung für die Vergütung von Überstunden verbessert. Alles in allem beläuft sich die durchschnittliche Erhöhung der Bezahlung für Beschäftigte im Fahrdienst auf ca. 500 Euro. Forderungen der Arbeitgeber nach einer Verschlechterung bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall konnten abgewehrt werden.

Mit dem Abschluß ist uns eine spürbare Steigerung der Gehälter für die Fahrerinnen und Fahrer gelungen. Damit wird es nun attraktiver, im Fahrdienst zu arbeiten. Wir hof-

fen, daß es damit gelingt, mehr Beschäftigte für den öffentlichen Personennahverkehr zu gewinnen und sich damit auch die Arbeitsbelastung für die Beschäftigten reduziert. Ein solches Ergebnis wäre nicht möglich gewesen ohne die breite Beteiligung an den Warnstreiks vor der letzten Verhandlungsrunde. Wir danken den Aktiven von der Kampagne »Wir fahren zusammen« für ihre Unterstützung in dieser Auseinandersetzung.

JENS GRÖGER

## Die Bundesbahn

Bisher ging man davon aus, daß der mittlerweile jahrelange Ausfall der RB24 nach Berlin-Ostkreuz durch Bauarbeiten begründet sei. Weit gefehlt! Wie die Lokalzeitung mitteilte, kann jetzt die Verbindung wieder aufgenommen werden, weil, so ein Bahnsprecher, es beim Güterverkehr Abbestellungen gegeben habe und so mehr Platz auf der Strecke sei. Wie man sieht, der Fahrgast kommt für die Bahn erst am Schluß.

J.G.

## Fingerabdruckpflicht wackelt

**Seit 2021 werden Menschen, wenn sie einen neuen Personalausweis wollen, wie Tatverdächtige behandelt. Es müssen dafür zwei Fingerabdrücke eingescannt und auf dem Ausweis in einem Chip gespeichert werden. Dagegen haben wir damals Klage eingereicht – am 21. März wurde das Urteil des Europäischen Gerichtshof (EuGH) veröffentlicht. Hier eine Zusammenfassung:**

Die EU-Verordnung zur Fingerabdruckpflicht ist nicht im korrekten Verfahren beschlossen worden und ist deshalb ungültig. Ein Erfolg für Digitalcourage!

Allerdings bleibt die Speicherpflicht trotzdem in Kraft bis Ende 2026. Das bedeutet: Alle, die einen Personalausweis beantragen, müssen zur Zeit weiterhin ihre Fingerabdrücke abgeben.

Doch die Uhr tickt für die Speicherpflicht: Wenn bis Ende 2026 keine neue Verordnung beschlossen wurde, entfällt die Fingerabdruckpflicht. Eine neue Verordnung zustandezubringen wird diesmal schwieriger, denn mit dem korrekten Gesetzgebungsverfahren reicht ein einziger EU-Staat, um die Verordnung abzulehnen. Das heißt: Das Thema ist zurück auf der politischen Agenda!

Vielen Dank an alle, die unsere Klage durch ihre Spenden möglich gemacht haben! Jetzt müssen wir weiter dranbleiben, um EU-Mitgliedsstaaten zu überzeugen, sich gegen das Speichern der Fingerabdrücke auszusprechen! Hilf uns, hartnäckig zu bleiben – werde Digitalcourage-Fördermitglied ([digitalcourage.de](http://digitalcourage.de)).

Der EuGH hat die Verordnung aus verfahrensrechtlichen Gründen für ungültig erklärt. Das ist ein Erfolg. Aber wir hätten uns gewünscht, daß das Gericht die Fingerabdruckpflicht kippt, weil sie nicht vereinbar mit unseren EU-Grundrechten ist.

Leider wurde auch unsere Kritik in puncto Sicherheit der Fingerabdruckdaten beiseite gewischt. Dabei gibt es große Schwachstellen in der EU-Verordnung, die die Fingerabdruck-

pflicht festlegt: Die Fingerabdrücke werden keineswegs sofort gelöscht, wenn der Personalausweis hergestellt worden ist. Sie können bis zu 90 Tage lang weiter gespeichert werden. Diese Daten können so bei Hackangriffen auf Behörden entwendet werden.

Außerdem läßt die Verordnung zu, daß die Fingerabdrücke auch für andere Zwecke als für Ausweise genutzt werden können – wenn es zum Beispiel ein nationales Gesetz gibt, das das vorsieht. Die EU macht hier quasi die Hintertür weit auf, stellt alles zum Abtransport der Fingerabdruck-Daten zur Verfügung – will aber nicht verantwortlich sein für das, was dann passiert. Dieses Scheunentor hat auch der EuGH leider nicht geschlossen.

Bis zum 31.12.2026 kann die EU jetzt eine neue Verordnung auf die Beine stellen und in einem besonderen Gesetzgebungsverfahren beschließen. Dieses »besondere Gesetzgebungsverfahren« erfordert unter anderem eine Einstimmigkeit im EU-Rat. Das bedeutet: Wenn wir dort Unterstützer für unsere Position für Persönlichkeitsrechte und gegen die Sicherheitsrisiken von Fingerabdrucksammlungen gewinnen, wird es keine neue EU-Verordnung geben. Und das ist nicht unrealistisch: Mit dem korrekten Verfahren wäre die Ursprungsverordnung 2019 nicht durchgegangen, denn damals hat es zwei Gegenstimmen gegeben. Wir haben also eine Chance!

Wir wollen Silvester 2026 das Ende der Fingerabdruckpflicht für den Personalausweis feiern!

RENA TANGENS, *Digitalcourage*

## Eine schaumgebremste Freude

Die Eberswalder Stadtverordneten stimmten am 21. März mehrheitlich unserem Vorschlag, der auf die Errichtung eines Ortsteilzentrums in der Clara-Zetkin-Siedlung zielte, zu. Das nehmen wir mit Freude zur Kenntnis.

Getrübt wird dies, weil ein zehn Minuten vor der Sitzung auf den Tisch gelegter Änderungsantrag der Verwaltung zum Tragen kam, mit dem unser Anliegen in verwässerter Form in die Projekte des erst noch zu beschließenden Integrierten Stadtentwicklungskonzepts (INSEK) aufgenommen werden soll. Immerhin wurde der Prüfauftrag von 2019, der im Sande verlief, nun verbindlicher gefaßt und die Stadtverwaltung verpflichtet, geeignete Standorte und Möglichkeiten zur Finanzierung zu finden.

Das INSEK liegt im April zur Entscheidung vor. Unsere Fraktion wird dagegen stimmen,

trotz der Aufnahme unseres Vorschlags in die INSEK-Maßnahmeliste. Ein Hauptkritikpunkt ist die Forderung im INSEK-Entwurf, die B167 neu als Lösung für die Eberswalder Verkehrsprobleme zu favorisieren. Es ist hinlänglich bekannt, daß dies ein Trugschluß ist, denn der Verkehr in Eberswalde besteht zumindest aus 85 Prozent Quell-, Ziel- und Binnenverkehr. Die B167 neu zerstört wichtige Naherholungsgebiete und beeinträchtigt direkt und indirekt die Lebensqualität vieler Eberswalderinnen und Eberswalder. So ist beispielsweise mit starken Mehrbelastungen auf den neuen Anbindungsstraßen zu rechnen, die dafür gar nicht ausgelegt sind.

MIRKO WOLFGRAMM

[www.barnimer-buergerpost.de](http://www.barnimer-buergerpost.de)

## Für Agrarstrukturgesetze

Agrarstrukturgesetz – das klingt sperrig und bürokratisch, geht uns aber alle an. Solche Gesetze sind eine sehr wichtige länderpolitische Möglichkeit, die Landwirtschaft und das ländliche Leben vielfältig und lebendig zu gestalten. In Brandenburg wird seit langem daran gearbeitet. Durch massive Lobbyarbeit von »Bauern«-Verband & Co. ist die Umsetzung gefährdet. Bald wird politisch entschieden – überlassen wir den Einfluß auf die Entscheidungen der Abgeordneten nicht der Investorenlobby! Mach mit bei der Mailaktion »Investoren raus aus der Landwirtschaft – Agrarstrukturgesetze jetzt!« ([www.abl-ev.de/initiativen/mailaktion-agrarstrukturgesetze-jetzt](http://www.abl-ev.de/initiativen/mailaktion-agrarstrukturgesetze-jetzt)).

Worum geht's genau? Seit Jahren kaufen außerlandwirtschaftliche Investoren wie Aldi, Quarterback oder Münchener Rück landwirtschaftliche Betriebe auf. Sie bringen damit auch die landwirtschaftlichen Flächen in ihren Besitz. Landwirte können hingegen mit dem Erlös aus ihrer Arbeit Landkäufe kaum noch refinanzieren. Denn Kauf- und Pachtpreise von Land sind in den letzten Jahren massiv gestiegen. Der Zugang zu Land ist vor allem für junge Menschen, die Betriebe gründen wollen, eine riesige Herausforderung. Gleichzeitig konzentriert sich immer mehr Land in den Händen von Großkonzernen.

Um die jetzigen Betriebe zu erhalten und den Ausverkauf der Landwirtschaft an Investoren zu stoppen, arbeiten einige Landesregierungen an Agrarstrukturgesetzen. Doch die Gesetzesentwürfe haben viel Gegenwind und Neuwahlen sind schon im September. Deshalb braucht es Deine Unterstützung. Bodenmarkt ist Ländersache. Für starke Agrarstrukturgesetze! Gegen den Ausverkauf der Landwirtschaft an Investoren! Für eine vielfältige regionale Landwirtschaft! Für lebendige ländliche Räume!

(via ditnetz)

## Drei Neuigkeiten

- Pressemitteilungen über Gebührenerhöhungen bei Müll/Restabfall im Landkreis Barnim und Beschluß des Kreistages. Gleiche Absichten zu Gebührenerhöhungen sind auch aus anderen Landkreisen bekannt geworden
- Siebtes Gesetz zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes (KAG) für das Land Brandenburg, Drucksache 7/6634 vom 29.11.23
- Anhörung dazu im Landtag, Ausschuß für Inneres und Kommunales (AIK) am 06.03.24. Vorträge und Aussprache dazu im Archiv des Rundfunks Berlin-Brandenburg (rbb).

Aus diesen Neuigkeiten ist zu entnehmen, daß uns, den Bürgerinnen und Bürgern des Landes Brandenburg, im Bereich Kommunalabgaben erhebliches Ungemach droht.

JOHANNES MADEJA | 3

An Kritik wurde in der März-Sitzung der Eberswalder Stadtverordneten nicht gespart, aber gehen wir der Reihe nach: Frau Dr. Canditt vom Seniorenbeirat teilte mit, daß die geplante »Seniorenresidenz am Stadtwald« durch den Betreiber Procurand nach Kritik von ihrer Seite den Namen »Seniorenresidenz Nordend« bekommen soll. Ansonsten kämpfte der Beirat mit Nachwuchsproblemen, weil viele aktive Mitglieder nach und nach ausscheiden, einschließlich sie selber als Vorsitzende.

Anschließend öffnete Götz Hermann wieder seinen Terminkalender und berichtete von Vergangenen und von Zukünftigen. Seine Besuche an Grundschulen, um mit den Kindern zu sprechen, seien sehr interessant gewesen, insbesondere zu erfahren, wofür die Kids ihr vieles Geld ausgeben würden. Unter anderem für McDonalds ... ob das schon verbotene Schleichwerbung war?

In zwei Tagen würde die Stadt geputzt im Rahmen von »Sauberswalde«, die Gemeinde Schorfheide mit eingeschlossen. Jeder dürfe mitmachen! Weitere wichtige Termine seien das Osterfest im Zoo und am 20. April der Bürgerempfang im BBZ »Amadeo Antonio«, der eine ganze Festwoche einläute.

Frau Fellner sprach anschließend von Ratlosigkeit und Betroffenheit ihrer Mitarbeiter, weil zwei Tage, nachdem der Bauhof in zwei Aktionen insgesamt 55 Bushaltestellenscheiben erneuerte, was 40.000 Euro gekostet hat, schon wieder zwei Scheiben in der Stadt zu Bruch gingen. Ihre positive Nachricht war, daß am 25.3. die Fahrradstraße Schellengrund offiziell eröffnet werde, die 770.000 Euro teuer war, ein großer Teil davon Fördermittel. Mit dieser Verbindung wird die Eichwerderstraße direkt zum höhergelegenen Ortsteil Ostende angeschlossen, mit der sich per Rad bequem die steil ansteigende Breite Straße umfahren läßt. Außerdem feiere man am 23.4. den Beginn der Vermarktung des Christel-Brauns-Weges in Finow um 16 Uhr vor Ort, bei der zum ersten Mal das Einheimischenmodell teilweise zum Tragen kommt.

Zur Förderrichtlinie der ambulanten ärztlichen Versorgung werden Vorschläge gesammelt, die dann für die 2. Lesung eingearbeitet werden. Es gab nur Kopfschütteln von Seiten der Baudezernentin, wenn beispielsweise von den Ärzten für den Erhalt der Förderung verlangt werden solle, Klimaschutzbelange bei der Praxiseinrichtung zu berücksichtigen. Carsten Zinn hielt das gesamte Paket für viel zu bürokratisch, aber der Bürgermeister antwortete, es müsse alles rechtssicher sein und sei sicher von studierten Ärzten zu bewältigen. Die Mehrheit der Stadtverordneten stimmte für die Ausschreibung zum Indoor-Spielplatz im Zoo, der in der Zoo-Gaststätte seinen Platz finden soll. Die Gesamtkosten betragen 823.000 Euro, von denen etwa 60.000

## Ein Feuerwerk an Vorwürfen

Von der März-Stadtverordnetenversammlung in Eberswalde

Euro schon ausgegeben sind. Fördermittel gibt es keine, weshalb dafür vollständig auf Eigenmittel der Stadt zurückgegriffen werden muß. Die Ausstattung mit Spielgeräten etc. ist dabei nicht enthalten. Hier steht eine Spende des Tierparkfördervereins in Höhe von 140.000 Euro zur Verfügung. Damit, so Götz Hermann, könnte der Zoo im Winterhalbjahr attraktiver für die Gäste sein, man könnte Kindergeburtstage feiern wie im »fitolino«, was hervorragend laufe und der Zoo müsse sich schließlich weiterentwickeln, der DER Magnet für die Stadt sei.

Beim nächsten Tagesordnungspunkt wurde es dramatisch! Es ging um den Vorschlag der Fraktion Die PARTEI ALTERNATIVE FÜR UMWELT UND NATUR zur Errichtung eines Ortsteilzentrums in der Clara-Zetkin-Siedlung, einschließlich Räumen für Kinderbetreuung und einer medizinischen Gemeindegewerke. Die Siedlung wurde erst kürzlich auf Beschluß zum eigenständigen Ortsteil gemacht. In den Ausschüssen wurde das Anliegen teilweise befürwortet, im AWF und im Hauptausschuß allerdings abgelehnt.

Die Verwaltung brachte zehn Minuten vor Sitzungsbeginn einen Änderungsantrag ein, in dem die konkrete Forderung, ein Ortsteilzentrum mit Kita- und Praxisräumen zu errichten, durch die Formulierung ersetzt wird, die »Schaffung von bedarfsgerechter Infrastruktur zur Förderung des Zusammenlebens in den dörflich geprägten Ortsteilen (Schaffung von Treffpunkten in den Ortsteilen Clara-Zetkin-Siedlung und Tornow)« in das INSEK aufzunehmen, also in das »Integrierte Stadtentwicklungskonzept 'Meine Stadt - Eberswalde 2035'«, einer langfristigen Stadtentwicklungsstrategie, die noch viele andere Projekte enthält, die hochumstritten sind, zum Beispiel die B167 neu, eine Umgehungsstraße, die nördlich am Oder-Havel-Kanal entlanggeführt werden soll und für die bereits Planungen laufen. Für den Einreicher der Beschlußvorlage war gerade dieser Sachverhalt inakzeptabel und der Fraktionsvorsitzende Mirko Wolfgramm sprach von einem schändlichen Versuch der Verwaltung, das Ganze in nichtssagende Aussagen zu verwandeln und quasi die Zustimmung der Fraktion zum INSEK zu erzwingen, was nicht in Frage komme. Die Stadtverordneten sprachen sich allerdings mehrheitlich für diese Änderungsformulierungen aus und so wurde die Aufnahme des Projekts in das INSEK beschlossen, das seinerseits noch gar nicht beschlossen ist, worauf Oskar Dietterle hinwies, Stadtverordneter und Einwohner der Clara-Zetkin-Siedlung. Der Bürgermeister meinte, so zu verfahren sei besser als gar nichts, denn man könne momentan keine Haushaltszusa-

gen machen, er verspreche aber persönlich, sich dafür einzusetzen, daß aus dem Ortsteilzentrum Wirklichkeit wird.

Frau Fellner ihrerseits kritisierte den Antragsteller namentlich Herrn Wolfgramm dafür, in den Haushaltsberatungen im Januar sich für konsequentes Einsparen starkgemacht zu haben und nun ein solch großes Projekt vorzubringen. Auch Stadtverordnete Karen Oehler (Grüne) stimmte ins Sirenengeheul mit ein: der Antragsteller wolle Mißtrauen gegen die Verwaltung aussäen und gegen das INSEK, und man müsse beachten, ohne Fördermittel sei der Bau sicher nicht zu bewältigen. Danko Jur schlug vor, sachlich zu bleiben, Standorte zu diskutieren, Projektierungen, Kostenschätzungen und evtl. Fördermittel zu beantragen, zum Beispiel über LEADER. Schon 2019 habe die CDU solch ein Ortsteilzentrum vorgeschlagen. Nur tat sich nichts weiter. Tilo Weingardt von der AfD wies darauf hin, die Bürger der Siedlung müßten Eigenverantwortlichkeit zeigen, sich mobilisieren, Geld sammeln, nämlich von solchen Aktionen habe er noch nichts gehört.

Der Stadtverordnete Zinn hielt die INSEK-Variante für eine »Einlullmethode«, weil man sich das jetzt angeblich nicht leisten könne, aber was ist mit dem »Radbrückenschlag« und jetzt mit dem Zoo-Indoor-Spielplatz? Dafür habe man Geld, das werde alles abgenickt. Man solle sich ein Beispiel an Bernau nehmen, da gebe es überall Ortsteilzentren. Er empfiehlt dem am 9. Juni gewählten neuen Ortsbeirat der Clara-Zetkin-Siedlung, das Thema dann neu aufzurollen.

Für den Änderungsantrag stimmten 22, dagegen 5 Stadtverordnete und 5 enthielten sich. In nachfolgender namentlicher Abstimmung des nun geänderten Hauptantrages stimmten ebenfalls 22 dafür, 4 dagegen und 6 enthielten sich, darunter die Antragsteller.

Nach der Pause ging es um die »Nichtnutzung« der Borsighalle, die die Grünenfraktion beklagte, aber Frau Fellner als Baudezernentin informierte, die Fördermittel zur Sanierung wurden ausschließlich für den »Erhalt« des Denkmals bewilligt, nicht für seine Nutzung, und sie waren sogar gezwungen, Strom und Wasser zu entfernen. Mit eventuellen Eigenmitteln wäre eine Nutzung natürlich möglich, aber dazu gebe es keine Vorschläge und auch keine Interessenten.

Der Stadtverordnete Banaskiewicz entlockte der Verwaltung noch die Information, daß der »Eisensäuerling« auf dem Marktplatz bald wieder einen Betreiber bekomme, der dann auch die beliebte Bratwurst anbiete ... jedenfalls in, so Zitat: »nahe Zukunft«...

## Meine Solidarität mit den Bauern

Leider sind in vielen Ortschaften, so auch in Lichterfelde, an den Ortseingangsschildern die Stiefel der Bauern als Protestnote inzwischen entfernt worden. Ganz verurteilen will ich dieses Entfernen nicht, weil die ausführenden Behörden nur ihrer Pflicht nachkommen. Ansonsten könnte sozusagen jeder etwas nach Belieben an diese Schilder hängen.

Vor diesem Hintergrund habe ich aber selbst in meinem Vorgarten einen »Bauernstiefel« aufgehängt. Ich bin zwar kein Land-



FOTO: ANDREAS STEINER

wirt, möchte aber meine Solidarität mit den protestierenden Bauern, die finanziell immer mehr unter Druck geraten, mit immer neuen Vorschriften in die Enge getrieben werden und ihrer Arbeit nicht mehr so nachkommen können, wie es sein sollte, öffentlich demonstrieren. Das Schlimme ist auch, daß sich, trotz der massiven Proteste, die bornierte Bundesregierung beim Thema Agrardiesel keinen Millimeter bewegt und überhaupt keine Verhandlungsbereitschaft zeigt.

Würde mich freuen, wenn dieses Aufhängen von Stiefeln in der Bevölkerung Nachahmer findet. Gleichzeitig ist der Stiefel für mich inzwischen ein Protestsymbol gegen die in sämtlichen Bereichen desaströse Politik der Ampelregierung geworden, die unser Land wirtschaftlich und finanziell immer tiefer in den Abgrund reißt und inzwischen mit ihrer Kriegstreiberei sogar an den Rand eines Krieges führt.

Dr. ANDREAS STEINER,  
Gemeindevertreter Freie Wähler Schorfheide

## Grünflächen trotz klammer Kassen

*Barnimer Feldmark: Bürgermeister für interkommunale Zusammenarbeit*

Zum Jahresbeginn hatte der Regionalparkverein zur Fachgruppe der Bürgermeister im Parkgebiet in den Rathaussaal Ahrensfelde eingeladen. Anwesend waren die Bürgermeister WILFRIED GEHRKE (Ahrensfelde), ANDRÉ STAHL (Bernau), FRANK KULICKE (Werneuchen), SIMONE KRAUSKOPF (Sydower Fließ) sowie JANINA MEYER-KLEPSCH (Bauamtsleiterin Panketal) und HOLGER HORNEFFER (Amtsdirektor Falkenberg-Höhe).

SYBILLE LÖSCH vom »Dachverband der Regionalparks in Brandenburg und Berlin e. V.« stellte eine Übersicht zu den Maßnahmen aus dem Leitbild zur Landschaft auf Basis der kommunalen Flächennutzungsplanung und die Umsetzung von Vorhaben aus dem »Entwicklungskonzept 2030« für die Barnimer Feldmark vor. Des weiteren erläuterte sie den Beitrag des Regionalparkvereins zum Thema Streuobstwiesen. Anschließend sprach HEIKE NIEMEYER vom »Regionalpark Barnimer Feldmark e.V.« über die Gestaltung der Rad- und Wanderwege durch Elemente wie z. B. Bänke und Rastplätze und deren Erhaltungspflege.

»Mit dieser Fachgruppe wollen wir die interkommunale Zusammenarbeit fördern und festigen sowie über unsere gemeinsamen Projekte sprechen«, so die einleitenden Worte des Vereinsvorsitzenden TORSTEN JERAN. Frank Kulicke wies auf die Folgekosten der Projekte hin. Dem stimmte André Stahl, Bürgermeister von Bernau, zu: »Derzeit sind die zusätzlichen Haushaltsmittel sehr eingeschränkt.«

»Wir arbeiten gerne an den Projekten des Barnimer Feldmarkvereins mit, wie z.B. am Radwegbau oder dem Achsenkonzept. Die gemeinsame Arbeit mit dem Regionalpark ist uns wichtig, um die Freiraumgestaltung und die Möglichkeiten zur Naherholung zu fördern«, so der

Ahrensfelder Bürgermeister Wilfried Gehrke. Holger Horneffer lobte die bisher erarbeiteten Konzepte des Vereins und bereicherte die Runde mit innovativen Ideen und Erfahrungen aus seinem Landkreis zu Konzeptrealisierungen.

Torsten Jeran warb noch einmal intensiv für eine Zusammenarbeit mit dem Regionalparkverein, indem er einige erfolgreich umgesetzte Projekte, wie beispielsweise die Wiederherstellung von Parkanlagen oder die Erarbeitung von Radverkehrskonzepten in der Region nannte: »Unsere wesentliche Zielstellung ist es, Projekte und Vorhaben zu initiieren und weiterzuentwickeln, die den Natur-, Landschafts- und Umweltschutz und die Denkmalpflege betreffen. Diese Projekte verbessern die Lebensqualität für unsere Bürger und erhöhen die Attraktivität unserer Barnimer Feldmark auch für Besucher und Gäste.«

Alle waren sich darüber einig, daß der Regionalparkgedanke weitergetragen und unterstützt werden muß, um Projekte für den Grün- und Freiraum zu sichern und nachhaltig umzusetzen. Der Regionalpark bedankt sich bei den Kommunen für die gemeinsame Zusammenarbeit.

SABINE BÜTTNER,  
Regionalpark Barnimer Feldmark e.V.

**Nachtrag:** Unser Autor ist mit Mandat der Freien Wähler Gemeindevertreter in Schorfheide und hatte seinen Leserbrief zur Solidarität mit den Bauern ursprünglich an die lokale Tageszeitung geschickt. Dort wurde die Zuschrift veröffentlicht, allerdings verkürzt um die Kritik an der Ampelregierung. In der Barnimer Bürgerpost findet sich nebenstehend der vollständige Wortlaut. Zur gekürzten Veröffentlichung erhielt Dr. Steiner einige Fragen und Kritiken von Freunden und Mitstreitern, die ihn veranlaßten, auf einige Aspekte noch einmal etwas detaillierter einzugehen:

Meine Solidarität gilt den Bauern, die mit der Streichung der Agrardieselsubventionen in eine prekäre wirtschaftliche Lage geraten, wobei sich der Beruf für mittelständische Bauern immer weniger lohnen und die Konzentration hin zu landwirtschaftlichen Megabetrieben weitergehen wird. Aber vielleicht will das ja die Ampelregierung im Dienste von BlackRock & Co. Gleichzeitig wird mit neuen Düngemittelverordnungen die Ertragskraft der Böden immer mehr eingeschränkt. Um landwirtschaftliche Produkte rentabel anzubauen, muß auch ausreichend Dünger zur Verfügung stehen. Das weiß jedes Kind, nur wahrscheinlich Landwirtschaftsminister Özdemir nicht.

Nicht solidarisch erkläre ich mich mit jenen Bauern, die Energieindustrieanlagen auf ihren Äckern und Wiesen betreiben, Wind- und Solarkraftwerke. Aber die sind ja auch nicht von Dieselsubventionsstreichungen oder Düngemittelverordnungen betroffen, sondern werden durch Gesetze zu den sogenannten Erneuerbaren Energien subventioniert. Deshalb ist es eindeutig, wem ich meine Solidarität bekunde.

Hinsichtlich der Energiepflanzen, insbesondere Mais, ist es ein schmaler Grad. Für ein gänzliches Verbot stehe ich nicht, aber einen übermäßigen Anbau in Konkurrenz zu Nahrungsmitteln lehne ich ab. Landwirtschaftliche Produkte sollten in erster Linie nicht der Energieerzeugung, sondern der Nahrung oder der stofflichen Verwertung dienen.

Natürlich habe ich auch Kritik am Handeln der Bauern. Ich lehne es beispielsweise ab, wenn Güllelaster von den Mastbetrieben in Nordwestdeutschland in den Barnim kommen und hier die Äcker überdüngen und Nährstoffe, insbesondere Nitrat und zum Teil Phosphor ins Grundwasser perkolieren oder eben oberflächlich abfließen über die Vorfluter in die Flüsse und Meere.

Dr. ANDREAS STEINER

### Rentensprechstunde

**Eberswalde.** Wohnanlage am Richterplatz (Mauerstr. 17) am 10.4.2024, 10-12 Uhr.

**Bernau,** Begegnungsstätte (Sonnenallee 2) am 17.4.2024, 10-15 Uhr.

**Nur mit Anmeldung** unter 03338/8463.

ANDREA HOEHNE

## Ein starkes Signal

Wir, das BÜNDNIS SAHRA WAGENKNECHT – VERNUNFT UND GERECHTIGKEIT (BSW), hatten darum gebeten, Unterschriften zu sammeln, damit wir als neu gegründete Partei überhaupt bei der Europawahl antreten können. Und wir sind von der Menge der zugesandten Unterstützerunterschriften schier überwältigt worden! In knapp zwei Wochen haben wir 18.000 beglaubigte Unterschriften erhalten und konnten damit die notwendige Anzahl von 4.000 geforderten Unterschriften mehr als vervierfachen. So haben wir eine weitere Voraussetzung für den Antritt unserer jungen Partei bei der Europawahl im Juni 2024 erfolgreich erfüllt! Vielen Dank für Ihr Engagement, Ihre Zeit und Ihre Mühe bei der aufwendigen Einholung der Unterschriften!

Diesen positiven Schwung wollen wir nun in den beginnenden Wahlkampf mitnehmen, um zusammen mit Ihnen für ein starkes Ergebnis bei der Europawahl zu kämpfen. Wir wollen, daß von der Europawahl ein unübersehbares Signal ausgeht, daß die Menschen in unserem Land endlich eine vernünftige und gerechte Politik wollen. Dafür braucht es ein starkes BSW. Und das wollen wir gemeinsam mit Ihnen erreichen!

Wir haben nun damit begonnen, zu Unterstützerveranstaltungen einzuladen. Unsere Verantwortlichen in den Bundesländern sind dabei, diese nach und nach zu organisieren. Wir wissen, daß viele von Ihnen gerne schnell aktiv werden möchten. Wir freuen uns darüber sehr und können Ihre Ungeduld auch gut verstehen. Haben Sie aber trotzdem bitte Verständnis dafür, daß dies nicht überall gleich schnell ablaufen wird. Unsere Partei ist noch sehr jung und dies erfordert etwas Zeit.

Als Parteispitze möchten wir – die Parteivorsitzenden und der Generalsekretär – Ihnen noch einmal ganz herzlich Dankeschön sagen für die gelungene Sammlung der Unterschriften für die Europawahl – und natürlich auch für die Spenden und Zeichen der Unterstützung, die uns jeden Tag erreichen.

SAHRA WAGENKNECHT, AMIRA MOHAMED ALI und CHRISTIAN LEYE

## Liste »100% Panketal«

**Panketal (bbp).** Die Wählergruppen »Bündnis Panketal« und »Gemeinsam in Panketal« (GiP) wollen zur Kommunalwahl am 9. Juni gemeinsam in einer Listenverbindung mit dem Namen »100% Panketal« zu der Wahl der Panketaler Gemeindevertretung und den Ortsbeiräten Zepernick und Schwanebeck antreten. Am 13. März fand in der Bibliothek des Panketaler Rathauses die Aufstellungsversammlung statt. Die Kandidatenliste für die Gemeindevertretung führt CAROLA WOLSCHKE an, gefolgt von neun weiteren Bewerbern.

# Mäusestübchen-Mensa

## Erweiterungsbau für Kita und Grundschule Marienwerder

In Marienwerder wird seit Januar an einem Erweiterungsbau für die Kita und die Grundschule gearbeitet. Derzeit ist dort sowohl die Essensversorgung als auch die Durchführung von Veranstaltungen auf Grund des mangelnden Platzangebotes in den vorhandenen Gebäuden nur eingeschränkt möglich. Das Hauptziel der Baumaßnahme ist es, die räumliche Situation für die rund 140 Grundschulkinder, die 90 Kinder in der Kindertagesstätte Mäusestübchen sowie der Angestellten in den Einrichtungen zu verbessern.

»Etwa 1,5 Millionen Euro aus dem europäischen Förderprogramm LEADER und eine halbe Millionen Euro aus dem Kreisentwicklungsbudget des Landkreises Barnim stehen für das Projekt des Amtes Biesenthal-Barnim zur Verfügung«, erläutert TORSTEN JERAN, Regionalmanager des LAG Barnim e.V. Insgesamt kostet der Bau rund 2,6 Millionen Euro. »Wir freuen uns sehr, daß die Kita- und Grundschulgebäude auf

dem gemeindeeigenen Grundstück nun eine bedarfsgerechte, barrierefreie Erweiterung erhalten. Damit wird nicht nur die Versorgungssituation in den Einrichtungen verbessert, sondern auch die Vorteile eines solchen Standortes im Ort, wie zum Beispiel kurze Wege für unsere Kleinen und ihre Eltern, für viele Generationen gesichert«, so ANNETT KLINGSPORN, Bürgermeisterin der Gemeinde Marienwerder.

»Über die LEADER-Förderung des Landes Brandenburg und der EU werden kontinuierlich Projekte von Kommunen, Vereinen und Unternehmen im ländlichen Raum gefördert«, informiert BURKHARD HORN, Vorsitzender des LAG Barnim e.V. »Voraussetzung für eine erfolgreiche Antragsstellung ist unter anderem eine Beratung durch unser Management und eine positive Bewertung der Projekt-Idee vor dem Hintergrund unserer Entwicklungsstrategie«, so Horn weiter.

DAVID SUMSER

## 12.000 Euro für Umweltprojekte

**Eberswalde (prest-ew).** Die Stadt Eberswalde fördert im Rahmen der Förderrichtlinie Umweltprojekte auch in diesem Jahr wieder Vorhaben für den Natur- und Umweltschutz. Alles was dazu nötig ist, ist das Ausfüllen eines sehr kurzen Förderantrages und natürlich eine Idee.

Gefördert werden neben Projekten zur Umweltbildung auch Maßnahmen, welche die »Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes, die Pflanzen- und Tierwelt sowie die Vielfalt, Eigenart und Schönheit von Natur und Landschaft als Lebensgrundlage des Menschen sichern«. So steht es in der Förderrichtlinie. Ganz praktisch kann es sich dabei zum Beispiel um Entsiegelungsmaßnahmen oder Begrünungsmaßnahmen auch auf Dächern und an Fassaden, die Errichtung von Regenwasserspeichern zur Gartenbewässerung oder allgemein um Maßnahmen zur Schaffung und/oder Aufwertung von Lebensräumen für Tiere und Pflanzen handeln. Projekte zum Aufbau von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien sind ebenfalls förderfähig.

Je Projekt beträgt die Fördersumme höchstens 1.000 Euro, wobei ausschließlich Sachleistungen wie Materialkosten, Transportkosten, Mietkosten für Maschinen und Geräte förderfähig sind. Nicht förderfähig sind Dienstleistungen und Personalkosten.

Die Förderrichtlinie und das Antragsformular sind im Internet unter dem Link [www.eberswalde.de/start/stadtentwicklung/umweltprojekte-foerderung](http://www.eberswalde.de/start/stadtentwicklung/umweltprojekte-foerderung) zu finden. Bei Fragen zur Richtlinie und zur Antragstellung berät das Stadtentwicklungsamt unter [j.renner@eberswalde.de](mailto:j.renner@eberswalde.de) oder per Telefon 03334/64626.



FOTO: GERD MARXMAN

Für Fassadenbegrünungen können Fördermittel bei der Stadt Eberswalde beantragt werden. Das Grün an dieser Stelle wurde beseitigt, weil es bei einer geplanten Fassadendämmung stört.

## Grüne Kreistagswahllisten

**Bernau (bbp).** Die Barnimer Bündnisgrünen haben in Bernau ihre Wahllisten zur Kreistagswahl aufgestellt. Insgesamt 61 Kandidatinnen und Kandidaten werden für die Grünen ins Rennen um die Kreistagsmandate gehen. Dabei treten in 7 von 9 Wahlkreisen Frauen auf dem Listenplatz 1 zur Wahl an.

Während der Versammlung beschlossen die Mitglieder auch die Endfassung des bündnisgrünen Wahlprogramms für den Landkreis. Unter dem Motto »Mehr Grün. Mehr Wir.« soll für eine Gemeinwohlregion Barnim geworben werden, in der die Transformation zu einer klimagerechten und nachhaltigen Gesellschaft gemeinsam mit allen Bürgerinnen und Bürgern und möglichst sozial gerecht gestaltet wird.

Straßenneubau B167neu (1. Bauabschnitt):

## ***Verschwendung verhindern***

**In der Serie zu Einwendungen gegen den geplanten Neubau der sogenannten Ortsumgehungsstraße B 167 (OU B 167) zwischen Finowfurt und Eberswalde folgen in dieser Ausgabe die Einwendungen Nr. 3, 4 und 5 von CHRISTOPH MAUS, der als Vertreter einer Erbengemeinschaft von dem Straßenbau betroffen ist.**

3. *Einwendung gegen das geplante Bauvorhaben wegen Verstoß gegen § 6 der 1990 erlassenen Verordnung über die Festsetzung von Naturschutzgebieten... mit der Gesamtbezeichnung »Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin«*

Speziell für unser Grundstück bekam das geplante Verkehrsprojekt bereits in den Jahren 2004/2005 zusätzliche Brisanz, denn man hat damals im Flächennutzungsplan der Gemeinde Schorfheide die gesamte Südhälfte des Grundstücks, in dem sich die »*Wochenendhaussiedlung Kiesschütte*« befindet (66 Parzellen), vom Naherholungs- zum Waldgebiet umgewidmet und mit dieser willkürlichen Maßnahme, die dort seit den frühen 1970er Jahren ansässigen Parzellenpächter zu Waldbewohnern degradiert. Ziel und Zweck dahinter war ohne Zweifel die Absicht des Bauträgers, sich das Errichten einer Schallschutzwand sparen zu können. Denn sollten sich die Waldbewohner an der dadurch entstehenden Lärmbelästigung stören, können sie ja wegrennen, weghüpfen oder wegfliegen... Und natürlich wären dann auch Entschädigungszahlungen günstiger, sollte es zu Enteignungen kommen.

Die von dem Bauvorhaben nicht unmittelbar betroffene nördliche Teilfläche unseres Grundstücks am Üdersee, wo die »*Bungalowgemeinschaft Seeblick*« beheimatet ist (26 Parzellen), hingegen gilt, obwohl ebenso mit Wald durchsetzt wie der Kiesschütte-Bereich, weiterhin als Naherholungsgebiet.

Gegen diese schon 2004/2005 veranlaßte Umwidmung eines Naherholungsgebietes in ein Waldgebiet noch eine Einwendung hervorbringen, ist vermutlich verjährt. Jedoch: Nach § 6 Abs.1 Nr. 18 der Verordnung über das Biosphärenreservat ist es nach wie vor auch dort verboten, Einzelbäume in diesem Landschaftsgebiet zu beseitigen. Danach muß sich auch die Erbengemeinschaft als Eigentümer richten, wenn es darum geht, akut gefährdete Bäume fällen zu müssen, um unserer Verkehrssicherheitspflicht gegenüber den naherholungssuchenden Parzellenpächtern nachzukommen. Entsprechende Anträge dazu sollen jeweils bei der dafür zuständigen Naturschutzbehörde in Eberswalde gestellt werden. Und das ist auch gut so!

Dagegen, daß (unter anderem) gegen diesen § 6 verstoßen werden würde, weil im Zuge des geplanten Bauprojekts auch sehr viele nicht gefährdete Bäume zum Opfer fallen werden, richtet sich mein Einwand Nr. 3 gegen das geplante Bauvorhaben.

4. *Einwendung gegen das geplante Bauvorhaben wegen nicht (oder nicht mehr vorhandenen) überwiegenden Gründen des Gemeinwohls*

Mittlerweile hat die Gemeinde Schorfheide, die ja eigentlich von der an ihrer nördlichen Seite neugeplanten Ortsumgehungsstraße am meisten profitieren sollte, in einer Beschlußfassung vom 19. Oktober 2022 ihr gemeindliches Einvernehmen für den Neubau der B167 in den wesentlichsten Punkten aufgekündigt.

Ähnlich wie die Gemeinde wird auch unsere Erbengemeinschaft dem Vorhabenträger keine eventuell dafür benötigten Flächen unseres Grundstücks zur Verfügung stellen.

Keinesfalls würden wir uns einem existierenden Gemeinwohl an diesem Projekt entgegenstellen wollen. Jedoch vermag ich bei all dem Unmut, der diesem Bauvorhaben nicht nur von Seiten unserer Pächter und weiterer Anlieger, sondern auch von der am unmittelbar betroffenen Gemeinde Schorfheide (mittlerweile) entgegenschlägt, überwiegende Gründe für ein solches nicht erkennen.

5. *Einwendung gegen das geplante Bauvorhaben wegen Verdachts auf fahrlässige Verschwendung von Steuergeldern*

Die Finanzierung des betreffenden Bauvorhabens mit Folgekosten (eventuell Neubau oder Verbreiterung von Brücken etc.) ist noch immer ungeklärt und bedarf alleine deshalb in der jetzigen wirtschaftlichen Lage sorgfältiger Prüfung. Die Gefahr, daß hier nicht einschätzbare Mehrkosten entstehen, ist groß!

Die gegenwärtige ausgegebene Maßgabe des Bundesverkehrsministeriums lautet nicht ohne Grund Ausbau statt Neubau. Im Zuge eines geplanten Mobilitätsgesetzes hat im übrigen das Land Brandenburg im Juli 2023 angekündigt, keine neuen Straßen mehr bauen zu wollen. Dazu würde dann auch eine Straße von der Gemeinde Schorfheide zur Anbindung an die geplante B167neu gehören, die ebenfalls noch gebaut werden müßte. Relativ aktuell (im Juli 2023) sollen dem Steuerzahler Schadensersatzzahlungen von rund 243 Millionen Euro wegen Nichtdurchführung einstiger Prestigeobjekte des Verkehrsministeriums zugemutet werden. Dabei handelt es sich um Schadensersatzzahlungen an vom ehemaligen Verkehrsminister Andreas Scheuer voreilig beauftragte Unternehmen in Bezug auf die geplante, aber von der EU wegen Rechtswidrigkeit gestoppte LKW-Maut.

Sollte das geplante Bauprojekt in bestehender Form durchgeführt werden, wäre auch dieses mit Sicherheit ein künftiger Kandidat

für eine vom Bund der Steuerzahler angeprangerte Verschwendung von Steuergeldern durch eine auch in derzeitig prekären Finanzlagen weiterhin ungehemmte Ausgabenwut des Bundes. Derzeit ist tatsächlich als einziger Nutznießer dieses Projekts das vom Vorhabenträger mit der Durchführung dieses Bauvorhabens beauftragte Straßenwesen Brandenburg auszumachen. Straßen werden geplant, gebaut und dadurch Arbeitsplätze gesichert. Ob sie nutzvoll sind, wird hier sicherlich nicht geprüft, denn es liegt ja eine »*politische Entscheidung*« vor.

Die geplante Weiterführung der B167neu über Eberswalde nach Bad Freienwalde hinaus kann nicht erfolgen wegen moorigen Gebietes. Eventuell würde sie also nur auf einer Länge von zehn bis zwölf Kilometern gebaut werden können. Daher erhebe ich auch in meiner Eigenschaft als Steuerzahler vorsorglich eine Einwendung gegen das obige Projekt wegen der Vermutung von fahrlässiger Verschwendung von Steuergeldern ein, sollte es wie geplant durchgeführt werden.

## ***Radwege in Panzerbreite***

Im jüngsten ASWU (Ausschuß für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt) der Stadt Eberswalde wurden Planungen für eine »*Südroute*« vorgestellt, auf der der bisher überschaubare Radverkehr nunmehr »*sicher und attraktiv*« vorankommen soll. Dazu sollen alle vorhandenen Schleichwege zwischen Finowfurt und dem Stadtzentrum von Eberswalde ertüchtigt, verbreitert und vor allem asphaltiert werden, weil das angeblich der Wunsch der Radfahrer sei.

Schon im Mai (vor den Wahlen) soll dieser Plan beschlossen werden, ohne daß die Bürger der Stadt ausreichend Zeit hätten, sich mit dieser umfangreichen Studie zu beschäftigen.

Vor allem ist gar nicht klar, welche Kosten dadurch auf die finanziell klamme Stadt zukommen. Zum einen geht es um den Bau von Wegen, die doch eher Straßen und Rennpisten ähneln, und zum anderen kommt die laufende Unterhaltung inklusive Reinigung, Winterdienst mit eventueller Salzaufbringung hinzu. Und das alles teilweise in Waldgebieten, wo man als Fußgänger seine Ruhe haben will vor rasenden Geschossen.

Man kann davon ausgehen und es steht so auch klar in der Studie, daß »*alle beteiligten Akteure*« ihre Wünsche zum Vorhaben geäußert haben. Die Liste der »*Akteure*« ist leider unvollständig. Egal. Jedenfalls wird man sich als Radfahrerin ziemlich einsam auf so einer Rennpiste von 3,50 Meter Breite fühlen und die Fußgänger können sich dann die Gelenke wund laufen, wo früher weicher Waldweg war. Schließlich geht es um eine »*sichere und attraktive Nutzung*«. Fragt sich nur, für wen?

## Taurus fit für den Krieg

Unter dem Titel »Trotz Scholz-Veto - Pistorius macht alle Taurus einsatzbereit«, schrieb die Tageszeitung DIE WELT am 12. März:

»Der Kanzler spricht mehrfach ein Machtwort und schließt eine Lieferung von Marschflugkörpern an die Ukraine kategorisch aus. Zugleich will die Bundeswehr jetzt aber ihren gesamten Taurus-Bestand ertüchtigen.« Diese bisher unbekannte Entscheidung zu den Marschflugkörpern habe die Bundesregierung jenseits der Öffentlichkeit getroffen.

Die BRD-Streitkräfte sollen schätzungsweise über rund 600 Taurus-Systeme verfügen. Davon sei gerademal die Hälfte einsatzbereit, beim Rest sei die Zertifizierung abgelaufen. Diese nicht mehr zertifizierten Marschflugkörper sollen nun generalüberholt werden. Und auch die bereits einsatzbereiten Systeme würden erneut überarbeitet.

Für diese Arbeiten soll das zuständige Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr einen Rahmenvertrag ausschreiben. Der Taurus-Hersteller MBDA müsse dann dazu ein Angebot abgeben, heißt es. Allerdings muß der Bundestag die Finanzmittel für die Überarbeitung der Waffensysteme noch freigeben.

Die Taurus-Raketen werden seit 2006 bei dem internationalen Rüstungskonzern für Luftverteidigungs- und Lenkflugkörpersysteme MDBA gebaut. Dessen deutscher Hauptsitz liegt im bayrischen Schrobenhausen. Dort sollen die deutschen Marschflugkörper nach Freigabe der Finanzen für den Einsatz bereit gemacht werden. G.M.

## Leonard Cohen:

### »Das ist Blut an deinen Händen«

Während des Jom-Kippur-Krieges (1973) schlug sich Leonard Cohen, Enkel eines Rabbi, auf die israelische Seite und begleitete als Sänger israelische Soldaten auf dem Vormarsch im Sinai.

Als ein Hubschrauber voller verletzter Soldaten im Stützpunkt landete, notierte er in seinem Tagebuch eine wichtige Erfahrung:

»Ich sehe ihre Verbände und unterdrücke meine Tränen. Es sind junge Juden, die sterben. Dann sagt mir jemand, daß es ägyptische Verwundete sind. Meine Erleichterung verblüfft mich. Das kann nicht vergehen werden. Das ist Blut an deinen Händen.«

Quelle: Matti Friedmann, Wer durch Feuer – Krieg am Jom-Kippur und die Wiedergeburt Leonard Cohens. Leipzig 2023 – (hl)

**Zum Massaker vom 22. März 2024 in Moskau schweigen die Kiesewetters & Co., die den Krieg nach Rußland tragen wollen. Warum? Schrecklich erscheint als schwaches Wort. NEIN zum Krieg!**

## Faschismus durch die Hintertür

Im Januar veröffentlichte CORRECTIV, nach eigenem Bekunden mit »Recherchen für die Gesellschaft« befaßt, einen Bericht mit der Überschrift »Geheimplan gegen Deutschland«. Einzelheiten können wir uns hier sparen. Es ging durch die Presse.

In der Widerspiegelung eines lokalen Akteurs aus dem Landkreis Barnim liest sich das dann so: »Bei dem durch CORRECTIV-Recherche bekannt gewordenen Treffen von Rechtsextremisten im November nahe Potsdam wurden Pläne geschmiedet, die an die Wannseekonferenz der Nazis von 1942 erinnern: Bei einer Regierungsbeteiligung der AfD sollen Millionen Menschen vertrieben werden - Deutsche mit Migrationsgeschichte, Geflüchtete und ihre Unterstützer\*innen. Derart menschenverachtende und grundgesetzwidrige Absichten und die Zunahme von Haß, Hetze und Gewalt bewirkten ab Januar eine breite Bewegung gegen Rechts, für Demokratie und Menschlichkeit.«

Mal davon abgesehen, daß die CORRECTIV-Recherchen mindestens ebenso dubios sind wie dieses Treffen, vermittelt der Vergleich mit der Wannseekonferenz m.E. eine kaum akzeptable Verharmlosung der faschistischen Judenvernichtung. Denn in dieser Wannseekonferenz wurde nichts weniger als die physische Vernichtung aller Juden und anderer Ethnien (wie Sinti und Roma) im Machtbereich der deutschen Faschisten beschlossen.

Selbst wenn auf diesem Potsdamer Treffen im Herbst 2023 – was ich durchaus für wahrscheinlich halte – über die Vertreibung von Menschen mit Migrationshintergrund phantasiert wurde, gibt es da doch einen qualitativen Unterschied zur (bisherigen) Einmaligkeit der faschistischen Verbrechen. Eine Gleichsetzung würde suggerieren, die deutschen Faschisten hätten damals lediglich über die »Umsiedlung« der Juden palavert, was die Dimensionen dieser »Wannseekonferenz« bei weitem nicht erfaßt.

Auch in anderer Hinsicht sind die beiden Konferenzen nicht vergleichbar, selbst wenn man den CORRECTIV-Recherchen vollständig vertraut. Die Wannseekonferenz war staatlich organisiert, denn die Faschisten waren damals

an der Macht. 2023 trafen sich in Potsdam Personen mit rechter Gesinnung, die über keine staatlichen Machtbefugnisse verfügen.

Die Formulierung »bei einer Regierungsbeteiligung der AfD sollen Millionen Menschen vertrieben werden«, geht, soweit mir bekannt, nicht aus den vorgelegten CORRECTIV-Recherchen hervor, wirft aber die Frage auf, wer denn als eventueller Regierungspartner der AfD diese Vertreibung von Millionen Menschen mittragen würde.

Wenn ich nun noch beobachte, daß genau im Schatten der erwähnten »breiten Bewegung gegen Rechts, für Demokratie und Menschlichkeit« die aktuelle Verschärfung des Asylrechts durchgedrückt wurde, mit der genau – erstmal teilweise – das umgesetzt wird, was den Teilnehmern des Potsdamer Treffens als »Geheimplan« unterstellt wird, nämlich die Vertreibung von Millionen Menschen, die in der BRD ein Asyl wollten, dann kann ich nur sagen: Nachtijall, ick hör dir trapsen!

Die reale Situation für Menschen mit migrantischem Hintergrund wird nicht zuletzt in dem aktuellen Bericht der Initiative »Barnim für alle« zu rassistischen Übergriffen dargestellt. Brutale Abschiebungen sind an der Tagesordnung. »Das neue Rückführungsgesetz, die Bezahlkarten usw. werden geflüchtete Menschen noch weiter entrechten...«

Die Gefahr einer faschistischen oder faschistoiden Diktatur ist aktuell größer denn je seit 1945. Dabei kommt die Hauptgefahr aus der sogenannten »Mitte«. Die nationalrassistischen Truppenteile am äußersten rechten Rand werden zum Teil bewußt aufgepöppelt, um die Diktatur der »Mitte« als das »kleinere Übel« erscheinen zu lassen. Diesem »Faschismus durch die Hintertür« sollte möglichst niemand auf den Leim gehen. So meine Hoffnung.

GERD MARKMANN



**Я ПОМОГУ ДОНБАССУ** МЕЖДУНАРОДНАЯ МОСКВА  
**ДОНБАСС** ВОЛОНТЕРСКАЯ ГРУППА

**Nächster Transport - 20 Tonnen**  
**70 Jubiläum 70**  
 Donezk www.fbko.org Lugansk

Mitte März 2024 ging unser 70. Transport mit 20 Tonnen Hilfsgütern nach Donezk und Lugansk. Wer uns unterstützen möchte: [www.fbko.org](http://www.fbko.org), Paypal: [friedensbruecke@gmx.de](mailto:friedensbruecke@gmx.de), deutsche Bankverbindung auf Anfrage <https://fbko.org/?S=Bankverbindung-anfordern&lang=DE>

LIANE KILINC

Zum Antirassismustag 2024 online:

## Chronik von SOS Rassismus Barnim

Seit 2015 dokumentieren Aktive des Afrikanischen Kulturvereins Palanca e.V., der Barnimer Kampagne »Light me Amadeu« und anderer Bündnisse rechtsextreme und rassistische Vorfälle im Landkreis Barnim. Viele Ereignisse werden erst später und zufällig bekannt, manche müssen umfangreich recherchiert werden, bei einigen möchten die Betroffenen nicht, daß ihre negativen Erlebnisse öffentlich werden. Daher erscheint die Chronik immer erst im Folgejahr. In diesem Jahr veröffentlichen wir bereits einiges aus den ersten Monaten 2024.

Es herrscht ein Klima, in dem auch die demokratischen Parteien den Diskurs weiter nach rechts verschieben. Schon jetzt sind brutale Abschiebungen an der Tagesordnung, das neue Rückführungsgesetz, die Bezahlkarten usw. werden geflüchtete Menschen noch weiter entrechten. Mehr dazu bei: proasyl.de und in dieser Chronik (sos-rassismus-barnim.de/chronik).

SOS Rassismus Barnim betont: »Schweigen und Desinteresse bei persönlichen oder staatl-

chen Diskriminierungen, bei Hetze und Gewalt schützen niemanden, wirken aber wie Zustimmung.

Wer rassistische Vorfälle mitteilen oder sich mehr zur Überwindung von Rassismus engagieren möchte, melde sich gern bei uns. Für die Recherche rassistischer und rechtsextremer Vorfälle im Barnim auch vor 2015 suchen wir weiterhin Hinweise, Material und kurze Berichte.«

AUGUSTO JONE MUNJUNGA,

STEFFEN EHLERT und DIETER GADISCHKE

## Fortschritte in der »Kriegstüchtigkeit«

Die beiden Ex-Grünen Helene und Ansgar Klein haben sich mit einem offenen Brief an die Bundestagsabgeordneten der drei Ampelfraktionen SPD, Grüne und FDP gewandt. Sie beziehen sich auf einen Beitrag von german-foreign-policy, die am 18. März unter der Überschrift »Die Kita im Bunker« berichteten:

Bundesbildungsministerin BETTINA STARK-WATZINGER fordert die Einbeziehung von Schulen in die Vorbereitung der deutschen Gesellschaft auf einen etwaigen großen Krieg. »Zivilschutz« sei »immens wichtig« und gehöre »auch in die Schulen«, sagte Stark-Watzinger.

Gemeint sind Maßnahmen, die die Überlebenschancen der Zivilbevölkerung im Kriegsfall erhöhen sollen. Zudem müßten Schulen ein »unverkrampftes Verhältnis zur Bundeswehr« entwickeln, verlangte die Ministerin; »Vorbehalte« etwa gegen Auftritte von Jugendoffizieren könne sie nicht nachvollziehen. Schon zuvor hatten führende Vertreter etwa des Deutschen Lehrerverbandes oder des Städte- und Gemeindebundes verlangt, schulische Lehrpläne im Hinblick auf »Verteidigungsbereitschaft« nachzuschärfen und auch

Kindertagesstätten in die »Zivilschutz«-Maßnahmen einzubeziehen; dies sei »kindgerecht« möglich. Stark-Watzinger will darüber hinaus Hochschulen noch stärker als bisher für die Rüstungsforschung nutzen.

Helene und Ansgar Klein fragen die Bundestagsabgeordneten: »Wollen Sie das wirklich???«

Die beiden gehörten 1982 zur Gründergeneration der Grünen, sind jedoch 2013 – viel zu spät, wie sie schreiben – ausgetreten. Zuvor waren sie als »Willy-Brandt-Wähler« von 1969 bis 1981 Mitglieder der SPD.

Die beiden bekennen, »in Sorge« zu sein. Daher haben sie ihren Brief gleichzeitig mehr als 900 Menschen zur Kenntnis gegeben, die ihn fleißig weiterverteilt haben.

HEIKO HAASE

## Gesang und viele Emotionen

Am 2. März fand in Panketal das vierte vom Verein KUNSTBRÜCKE PANKETAL e.V. organisierte Benefizkonzert zugunsten der Ukrainehilfe Panketal statt. Zu diesem Konzert hatte die Kunstbrücke Panketal das Familienensemble KUDOVBA FOUR eingeladen, das bereits beim Benefizkonzert 2023 im Ort zu Gast war.

Panketals Bürgermeister MAXIMILIAN WONKE begrüßte die Anwesenden und betonte die Notwendigkeit, der Ukraine alle erdenkliche Hilfe zukommen zu lassen, um den Aggressor Rußland zu stoppen. ANDRE MEUSINGER, Vorsitzender der Bürgerstiftung Panketal erinnerte an die große Hilfsbereitschaft der Panketaler.

Den emotionalen Höhepunkt des Konzertes bildete das von allen Musikern gemeinsam vorgetragene »Gebet für die Ukraine« von Mykola Lysenko, ein patriotisches Lied, das ab 1885 zum Kirchenlied und zur geistlichen Hymne der Ukraine wurde. Das Lied wird regelmäßig zum Abschluß von Gottesdiensten der Ukrainischen griechisch-katholischen Kirche und der orthodoxen Kirche der Ukraine gesungen. Es wurde während des Unabhängigkeitskrieges (ab 1917) häufig als nationales Symbol verwendet und später auch offiziell zur geistlichen Hymne der Ukraine.

THORSTEN WIRTH, Kunstbrücke Panketal e.V.

### 20. März 2003: Angriffskrieg gegen den Irak

Kadhém Khanjar, Dieses Land gehört euch. Gedichte. Aus dem Arabischen von Sadra Hetzl, Berlin 2019 (Microtext)

Auf dem Fernsehbildschirm wird eine Kurzmeldung erscheinen: Archäologen seien auf Gemeinschaften gestoßen, die ihre Toten übereinandergeschichtet in einem einzigen Grab begraben hätten, und es gebe Hinweise für eine Menschengattung ohne Kopf mit Händen hinter dem Rücken.

### Messer

Das Messer ist ein in deiner Handfläche begrabener Friedhof.

Das Messer ist der sechste Finger des Propheten, der Kompaß der Gläubigen, das Kissen der Hungrigen.

Ist Gott ein Witz? Ein Polizist?

Oder ein Messer?

### Schwarze Flaggen

Die gehißten Flaggen auf euren und unseren Straßen, über euren und unseren Brücken, über euren und unseren gebrochenen Augen, über euren und unseren Toten. Die Flaggen sind unser flatternder Haß. Die Flaggen sind Messer aus Stoff.

### Tag

Die Uhr läuft weiter an der abgetrennten Hand.

### Sechster Tag

An meinen Tisch im Café lud ich ein den halbverwesten, von Patronen durchsiebten Leichnam eines Sunniten und den halbverwesten, von Messerstichen durchsiebten Leichnam eines Schiiten. Ich versuchte, den beiden Leichen das Leben zu erklären, und daß sein Sinn einzig in ihm selbst liegt.

Ich drehte mich kurz weg, um etwas zu bestellen. Da schnitten sie mir den Kopf ab.

Kadhém Khanjar wurde 1990 in der Nähe von Babylon geboren und lebt in Bagdad. Seine Gedichte sind auf Arabisch in Italien und den Niederlanden und auf Französisch erschienen. Kadhém Khanjare ist Initiator des Kollektivs Kultur- Miliz, das Lyriklesungen an Schauplätzen von Krieg und Zerstörung veranstaltet.

HARTMUT LINDNER

### RotFuchs-Veranstaltungen

Die Mitgliederversammlung der Regionalgruppe Bernau findet am 13. April, 15 Uhr, im Stadtmauertreff (An der Stadtmauer 12) statt. Am 22. April wird RotFuchs um 10.30 Uhr an der Stele im Stadtpark Bernau an den ersten Bernauer Stadtkommandanten nach der Befreiung der Stadt im April 1945, Leutnant KONRAD WOLF, erinnern. Am 1. Mai sind wir dann wie gewohnt ab 10 Uhr an unserem Stand in der Bürgermeisterstraße in Bernau zu finden. Für den 8. Mai, dem Tag der Befreiung, beteiligen wir uns am Gedenken auf dem Ehrenfriedhof der Roten Armee in der Bernauer Mühlenstraße. KLAUS-DIETER JÄSCHKE

## Ganzheitliche Ernährung (38)

Ein wichtiges Organ für die Fettverdauung ist die *Gallenblase*. Diese befindet sich an der Unterseite der *Leber*. Die birnenförmige Gallenblase ist ungefähr sieben bis zehn Zentimeter lang und ist an der breitesten Stelle etwa fünf Zentimeter breit.

Die Leber produziert die Galle und gibt diese über kleine Kanälchen in den Hauptgallengang ab. Von diesem Hauptgallengang zweigt ein kleiner Gang in die Gallenblase ab. Zwischen den Mahlzeiten, also wenn kein Fett verdaut werden muß, dann fließt der größte Teil der Galle in die Gallenblase. Dort wird die Galle eingedickt und gespeichert.

Viele Menschen leiden unter Gallensteinen. Der Arzt bezeichnet diese Gallensteine als *Konkremete* (Aneinanderlagerungen) von Pigmenten, Kalziumsalzen und Cholesterin. Typischerweise tritt das Gallensteinleiden um das fünfte Lebensjahrzehnt auf. Frauen sind davon deutlich öfter betroffen.

Oftmals bleibt das Gallensteinleiden unentdeckt. Es muß erst gehandelt werden, wenn Krankheitsanzeichen vorhanden sind. So können Gallensteine zu einer Entzündung der Gallenblase führen. Auch eine Entzündung der Bauchspeicheldrüse ist möglich. Dies ist dann der Fall, wenn ein Gallenstein den Ausführungsgang zum Darm versperrt. Selten kommt es auch zu einem Darmverschluss.

Charakteristisch für ein Gallensteinleiden ist das Auftreten von zum Teil krampfartigen Schmerzen unterhalb des sechsten Rippenbogens nach dem Genuß von Fett (z.B. dem weihnachtlichen Gänsebraten), von Hülsenfrüchten, Kaffee oder von Hefeteig-Gebäck. Es kann zu Erbrechen, Übelkeit, Völlegefühl, Aufstoßen und einem rechtsseitigen Rückenschmerz kommen. Oftmals ist dann die Region um die Gallenblase und die Leber sehr druckempfindlich.

Übergewicht ist ein Risikofaktor für das Gallensteinleiden. Weitere Risikofaktoren sind eine ballaststoffarme und gleichzeitig zu cholesterinreiche Ernährung. Aber auch bestimmte Antibiotika und eine Entzündung durch Bakterien können ein Gallensteinleiden hervorrufen.

Kommt der Arzt zu einer Verdachtsdiagnose, so kann diese durch eine Untersuchung mittels Ultraschall gesichert werden. Fast immer lassen sich Gallensteine durch eine Sonografie erkennen. Zusätzlich wird eine Blutuntersuchung vorgenommen. Eine Erhöhung der Leberenzyme (GOT, GPT und Gamma-GPT) sowie von Gallensekreten und Bilirubin geben dem Arzt Aufschluß über einen eventuell vorhandenen Gallenstau ebenso wie über erhöhte Enzyme der Bauchspeicheldrüse.

Im nächsten Teil gibt es Empfehlungen zur Ernährung bei Gallensteinleiden.

FALK HINNEBERG, ([www.hinneberg.info](http://www.hinneberg.info))

## Im Herzen Europas: Die Slowakei

### Europas neue Schuldnerberatungen (Teil 2)

Nach der Maslow'schen Bedürfnishierarchie erfolgt zuerst die Befriedigung der physiologischen (Wasser, Nahrung, Schlaf), Sicherheits- (Körper, Geld, Arbeit, Wohnung, Familie) und sozialen (Freundschaft, Zugehörigkeit, Zuneigung) Bedürfnisse. Dann hat man genügend Ressourcen, um sich der Befriedigung der Individualbedürfnisse (Stärke, Erfolg, Ansehen, Prestige) zuwenden zu können. Die letzten Stufen der Bedürfnispyramide, die Selbstverwirklichung (Ausschöpfung des eigenen Potentials) und die Transzendenz, werden nur von ganz wenigen Menschen erfolgreich erreicht. Die materielle und finanzielle Sicherheit ist somit ein zentrales Bedürfnis der Menschen. Im Falle einer finanziellen Überschuldung ist die materielle Sicherheit massiv gefährdet, mit zahlreichen negativen Auswirkungen auf andere Lebensbereiche (körperliche und psychische Gesundheit, Teilhabe/Partizipation). Schuldnerberatung als sozialer Beratungsdienst hat deshalb einen ganzheitlichen Beratungsansatz, der die finanzielle Problemlage auf allen Ebenen berücksichtigt und die (immer noch) vorhandenen Stärken und Ressourcen der überschuldeten Menschen sucht und im Sinne von Empowerment-Prozessen stärkt.

Im nordwestlichen Europa (z.B. BRD, Österreich, Irland, Niederlande, Skandinavien) wird dieser Beratungsansatz schon seit rund 30 Jahren verfolgt und umgesetzt. Im südosteuropäischen Europa ist dieser Ansatz kaum bekannt und vorhanden. Dort stehen überschuldeten Menschen für ihre Schuldenbereinigung nur Rechtsanwälte kostenpflichtig zur Verfügung.

Umso bemerkenswerter ist daher die Entwicklung in der Slowakei. Mitten im Herzen Europas gelegen, umgeben von Österreich und Ungarn, hat die Slowakei eine Bevölkerung von rund 5.5 Millionen Einwohnern (also ungefähr das Doppelte von Brandenburg). 5,7 % (300.000) der slowakischen Bevölkerung sind materiell depriviert (EU-SILC 2021). 12,3 % (662.000) leben unter der OECD Armutsgrenze und 6,3% der slowakischen Haushalte sind mit den Ratenzahlungen für Hauskredite in Verzug. Aufgrund dieses wachsenden ökonomischen und sozialen Problems wurde das slowakische Familienministerium initiativ und begann im Jahr 2021 mit der Einrichtung von Schuldnerberatungsstellen. Ende 2022 standen 46 Schuldnerberatungsstellen zur Verfügung, womit eine flächendeckende Versorgung erreicht war.

Alle Schuldnerberatungsstellen wurden nach dem modernsten europäischen Konzept mit drei Beratern und einer Verwaltungskraft eingerichtet. Jede Beratungsstelle bietet öko-

nomische, juristische und psychologische Beratung an. In der ökonomischen Beratung werden Haushaltsbudgets und Vorschläge für die Einkommenserzielung und Ausgabenverwendung entwickelt sowie risikoreiches finanzielles Verhalten identifiziert. In der juristischen Beratung werden die bestehenden Verträge gesichtet sowie nach gesetzlichen Möglichkeiten der Unterstützung gesucht. Die psychologische Beratung versucht, die Motivation und Widerstandsfähigkeit der Klienten zu stärken und auf sinnvolle Verhaltensänderungen hinzuweisen.

Die Schuldnerberatungsstellen in der Slowakei versuchen, wo immer es geht, eine Privatinsolvenz zu vermeiden. In eine solche gehen zumeist nur Personen mit zahlreichen Gläubigern und vielen (hohen) Schulden. Die Klientengruppe setzt sich im wesentlichen aus folgenden Gruppen zusammen:

Diejenigen, die aufgrund von Pfändungsbeschlüssen Schwarzarbeiter sind, die überbeurteilte Kreditverträge abgeschlossen haben (Bankopfer), die von Inkassobüros verfolgt werden sowie um Gefängnis-Entlassene, die ein neues Leben anfangen wollen, und Jugendliche aus Pflegeheimen.

Dr. DIETER KORCZAK

Unser Autor ist Diplom-Volkswirt und promovierter Soziologe. Er lebt und arbeitet in Bernau bei Berlin und ist gegenwärtig der Projektleiter eines Projektes zum Aufbau von Schuldnerberatungsstellen in 13 europäischen Ländern

### Sissi hat einen Dachschaden

Der nichtkommerzielle Seminarbereich SISI auf dem WUKANIA PROJEKTEHOF in Biesenthal hat einen Dachschaden: Nicht nur, daß wir von einer Welt ohne Kapitalismus träumen und die SISSI deshalb tauschlogikfrei betreiben, nein, auch im wörtlichen Sinne müssen und wollen wir das Dach des großen Saales instandsetzen und so ertüchtigen, daß das Dach noch über den Kapitalismus hinaus hält und demnächst Photovoltaik darauf installiert werden kann.

Die notwendigen Arbeiten kosten geschätzte 90.000 Euro. Die Baustelle ist mit zwei Baukollektiven im Juni geplant. Um unseren Seminarbereich auch in Zukunft tauschlogikfrei betreiben zu können, wollen wir die Baustelle aus möglichst breit getragenen Spenden finanzieren. Das geht ganz einfach über betterplace: [www.betterplace.org/de/projects/133317](http://www.betterplace.org/de/projects/133317) oder klassisch per Überweisung: [wukania.net/page/wukania-de/sissi-kissi.php](http://wukania.net/page/wukania-de/sissi-kissi.php) (das spart uns 2,5 % Transaktionskosten von betterplace). Wir können euch gerne eine Spendenquittung ausstellen ([sissi@wukania.net](mailto:sissi@wukania.net)).

Eure Sissi-Gruppe

»Erfolgreicher« Naturschutz per Gesetz:

## Weniger gefährdete Arten

*Windkraftlobby contra Artenschutz*

**Berlin/Potsdam (bbp).** Die von Windkraftanlagen gefährdeten Arten, die im Bundesnaturschutzgesetz aufgelistet werden, sollen von 35 auf 15 reduziert werden. Das sieht ein aktueller Gesetzentwurf zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes vor.

Künftig gelten beispielsweise Möwen nicht mehr als kollisionsgefährdet. Einige der gestrichenen Arten, so das Kompetenzzentrum Naturschutz und Energiewende (KNE), wären in Brandenburg nicht von Interesse, weil sie nur in anderen Bundesländern vorkommen. Hierbei aufgezählt wird unter anderem die in der ganzen BRD seltene Waldschnepfe, von der es auch in Brandenburg bereits nachgewiesene Schlagopfer gab.

Nicht zuletzt bei dieser Art ist das Problem, daß die Windräder sie aus ihren Siedlungsgebieten vertreiben, sogar noch größer als das Problem der Schlagopferzahl.\*

In Mecklenburg-Vorpommern sind Waldschnepfen stark gefährdet, in Berlin vom Aussterben bedroht. In Brandenburg gibt es nach Informationen von BVB/Freie Wähler »zum Glück noch 1.300 bis 1.800. Aber eine vom Bundesumweltministerium gegründete und von diesem mit Steuergeld finanzierte Einrichtung,

*die das Wort Naturschutz im Namen trägt, erklärt der Öffentlichkeit, daß man bei der Windkraftanlagen-Genehmigung auf die Waldschnepfen nicht mehr achten brauche, weil es sie in Brandenburg angeblich nicht gäbe. Wer solche 'Umweltschützer' hat, braucht keine Umweltsünder mehr...«*

Als Fakt bleibe: Die Zahl vor Windkraft zu schützenden, kollisionsgefährdeten Brutvogelarten im Bundesnaturschutzgesetz wurde von der Bundesregierung massiv reduziert. Und es wurden auch Vogelarten aus der Liste gestrichen, die nachweislich von Windkraftanlagen bedroht sind.\* Es sei offensichtlich, daß hier zum Wohle der Windkraftindustrie der Artenschutz geopfert wird.

\* Nachzulesen in den beim LfU hinterlegten Unterlagen der Staatlichen Vogelschutzwarte: [lfu-brandenburg.de/sixcms/media.php/9/Dokumentation-Vogel-Windkraft.pdf](http://lfu-brandenburg.de/sixcms/media.php/9/Dokumentation-Vogel-Windkraft.pdf)

Bernauer Zukunftsdialog:

## Der Brandenburger Klimaplan

Am 7. März, zwei Tage nach dem Kabinettsbeschuß zum »Brandenburger Klimaplan«, stellte Umweltminister AXEL VOGEL (Grüne/B 90) im Rahmen der Veranstaltungsreihe »Zukunftsdialog« den Plan in Bernau vor und bot Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zur Diskussion. In seiner Präsentation wies Axel Vogel auf die dramatischen Temperaturanstiege insbesondere der Meeresoberflächen hin. Aufgrund dessen müsse mit extremen Wetterereignissen gerechnet werden. Sein Ministerium steuere auf Landesebene z.B. mit der Wiedervernässung von Mooren, der Verdopplung der Naturwaldgebiete auf zehn Prozent der landeseigenen Waldflächen und der Steigerung der Wildnisflächen auf zwei Prozent entgegen. Der Klimaplan sei die erste klimapolitische Gesamtstrategie der Landesregierung mit dem Ziel Klimaneutralität bis 2045. Brandenburg stelle sich damit zukunftsfähig auf, faßte Vogel das Ziel der insgesamt 103 Maßnahmen zusammen.

Referatsleiterin DANIELA SETTON stellte die acht Handlungsfelder des Klimaplanes vor. Diese umfassen die Bereiche Energie und Industrie, Verkehr und Landnutzung, Wärme- wende, kommunaler Klimaschutz, Bauen, Kreislaufwirtschaft, Bioökonomie sowie treibhausneutrale Verwaltung. Die Treibhausgas-

Minderungsziele gegenüber 1990 für die Jahre 2030 (76 %), 2040 (96%) und 2045 (99 %) sollen mittels Sektorenzielen in diesen Bereichen erreicht werden. Mit einer Minderung um 57 Prozent bis 2020 sei Brandenburg deutlich mehr gelungen als im bundesweiten Durchschnitt (ca. 40 %), betonte Setton.

In der anschließenden Diskussion äußerten einige Besucher Bedenken gegen den umfangreichen Zubau von Windrädern. Minister Vogel unterstrich die ablehnende Haltung seines Hauses zur Rodung von Wald für den Windkraftausbau. Gleichzeitig wies er auf die große Bedeutung der Windkraft hin. Bezüglich des Klimaplanes stellte Vogel klar, daß Brandenburgs Moore, genau wie im gesamten Bundesgebiet, derzeit keine CO<sub>2</sub>-Senken darstellen. Vielmehr gäben sie aufgrund von Entwässerungsmaßnahmen in großem Umfang CO<sub>2</sub> ab. Eine zügige Wiedervernässung sei daher wichtig zur CO<sub>2</sub>-Minderung.

Als Sprecherin des Barnimer Kreisverbandes von Bündnis 90/Grüne begrüße ich den Bernauer Zukunftsdialog. Das war eine sehr gute Gelegenheit, aus erster Hand etwas über die Klimaschutzbemühungen des Landes zu erfahren und mit dem Umwelt- und Klimaschutzminister ins Gespräch zu kommen.

STEFFI BERNSEE

## Klima schonen mal anders

Meinen Sie auch, daß zu einem guten Frühstück eine Zeitung gehört? Eine richtige gedruckte Zeitung, die raschelt und die man beiseite legen kann, wenn man die Marmelade aufs Brötchen streicht? Sie haben dabei aber immer ein schlechtes Gewissen wegen der gefällten Bäume, für das Papier? Elektronisch oder gedruckt – was ist ökologischer?

Eine allgemeingültige Antwort gibt es nicht. Zunächst ist die Gesamtumweltbelastung beim elektronischen Lesen ein wenig geringer als beim Papierexemplar. Doch das Verhältnis dreht sich schnell um. Ist ein Zeitungsexemplar erstmal gedruckt, kann es beliebig lange emissionsfrei gelesen werden. Beim Online-Lesen steigt dagegen die Umweltbelastung mit der Lesedauer. Wird eine Papierzeitung länger als eine halbe Stunde gelesen, oder von mehr als drei Leuten, ist sie ökologischer als eine elektronische.

Auch für andere Informationsfelder gilt, daß man immer sehr genau hinschauen muß. In Zürich probte man das papierlose Studium. Das Tablet ist besser als das gedruckte Skript – aber nur wenn auf Frischpapier gedruckt wird. Verwendet man Recycling-Papier, ist Print der Elektronik überlegen.

ERNST WAGNER-ROTT  
(aus Boitzenburger Landbote Nr. 16)

## Buckowseesäuberung



FOTO: ANDREAS STEINER

Am 8. März hatte der Dorfverein GEMEINSAM LICHTERFELDE E.V. wieder einen Arbeitseinsatz an der Badestelle des Großen Buckowsees. Laub wurde entfernt und zunächst auf einen Wall gehäuft. Die Kooperation mit dem Bauhof der Gemeinde Schorfheide klappte bestens. Deren Mitarbeiter luden das abgetrocknete Laub auf und fuhren es ordnungsgemäß ab.

Es wird nicht der letzte Einsatz am Buckowseestrand vor der Badesaison bleiben. Nach Ostern will der Verein den Rasen mähen und kleinere Arbeiten verrichten, um die Wiese zur Badesaison wieder in einen tip-toppen Zustand zu bringen.

DR. ANDREAS STEINER | 11

# Wasserpolitik, Beiträge, Gebühren ... und kein Ende

von Johannes Madeja

**Zu Beginn der neunziger des vorigen Jahrhunderts, also vor mehr als dreißig Jahren, hat die Landesregierung in Brandenburg die flächendeckende Kanalisierung und Aufbereitung des Schmutzwassers in Großklärwerken mit anschließender »Abwasserbeseitigung« über Vorfluter und Fließgewässer in Nord- bzw. Ostsee als anzustrebendes Normalfall, als sogenannte »günstigste Lösung«, verfügt. Diese Verfügung war wasserwirtschaftlich, ökologisch und ökonomisch eine Fehlentscheidung.**

## Die Situation

Ihre Formulierungen stehen aber heute noch in fast jeder Satzung der Aufgabenträger. Alles einmal gebrauchte Wasser ist »Abwasser« und schadlos zu beseitigen. Heute hört man aus Potsdam ganz andere Töne, die den jahrzehntelangen Forderungen und Vorschlägen der landesweiten Bürgerbewegung »Wasser« (Aktionsbündnis) verdammt ähnlich sind. Jetzt heißt es: Wir können uns die Abwasserbeseitigung nicht mehr leisten. Das Wasser muß im Lande bleiben und überall, wo irgend möglich, mehrfach genutzt und im Kreislauf geführt werden. Das ist zweifellos ein richtiges, dringend anzustrebendes Ziel. Aber dreißig Jahre Wasserwirtschaft mit Orientierung auf »Beseitigung« mit hunderte Kilometer langen Kanälen und Großklärwerken auf dem platten Land sind nicht von heute auf morgen zu korrigieren. Diejenigen, die am Zentralsystem gut verdient haben und weiter verdienen wollen, wollen auch nicht wirklich korrigieren. Sie haben im Sinn, das bestehende System zu erneuern und sogar noch zu erweitern. Das sind die berühmten sogenannten Abrundungsinvestitionen.

Die Errichtung des flächendeckenden Kanalsystems und der Großklärwerke hat dreistellige Millionenbeträge gekostet, die überwiegend kreditfinanziert wurden. Es drücken immer noch hunderte Millionen Kredite, also Schulden, die »bedient« werden wollen, obwohl ein großer Teil der Anlagen inzwischen »abgeschrieben« ist. Jetzt »droht« die Pflicht zur Gebührensenkung, einfach weil keine Abschreibungen mehr zu zahlen sind. Hier hat sich nun die Landesregierung etwas einfallen lassen, aber so weit sind wir noch nicht (s.u.)

Zunächst geht es darum, einmal aufzulisten, was die Aufgabenträger, unterstützt von der Landesregierung und den Verwaltungsgerichten (in schöner Eintracht von Legislative und Judikative) bisher unternommen haben, um die Grundstückseigentümer zur Finanzierung ihrer Investitions-Fehlentscheidungen zu zwingen.

## Rückblick

Den Grundstückseigentümern wurde, nicht nur im Bereich des ZWA Eberswalde, Beitragsfreiheit zugesagt. Es war immer von Fördermitteln (Land, Bund, EU) die Rede. Diese Zusage, also Finanzierung über Fördermittel (blühende Landschaften!) wurde nicht

eingehalten. Schließlich sollte die Refinanzierung doch aus den Taschen der Bürger über Beiträge und Gebühren erfolgen.

Dagegen haben sich die Bürger gewehrt, hundertfach erfolgreich. Im Bereich des ZWA Eberswalde hat der Verband mehr als 600 Verwaltungsgerichtsverfahren verloren.

Trotzdem versuchten die Aufgabenträger – Beispiele gibt es landesweit – doch noch zu Beitragszahlungen zu kommen. Dabei wurden sie von der Landesregierung in konzentrierter Aktion mit den Verwaltungsgerichten des Landes grundgesetzwidrig wie folgt unterstützt:

Bei der Mehrzahl der Beitragsforderungen war Forderungsverjährung (es gelten vier Jahre nach Fertigstellung der Maßnahme) eingetreten. Das durfte natürlich nicht sein! Deshalb haben die Verwaltungsgerichte geurteilt, daß die Forderungen überhaupt erst entstehen können, wenn es dafür eine Satzung gibt, d. h. die Verjährung kann erst dann zu laufen beginnen, wenn eine Satzung vorliegt. Mit dieser Vorschrift war zunächst etwas Zeit gewonnen. Die reichte aber nicht aus. Viele Satzungen hatten sog. handwerkliche Mängel, abgesehen davon, daß die Satzungsgeber oft nicht (rechtswirksam) gegründet waren, also juristisch gar nicht existierten. So auch in Eberswalde. Deshalb mußte ein weiterer Kunstgriff her.

Zunächst wurde verfügt, daß bis zum Jahr 2000 der Beginn einer Verjährungsfrist »gehemmt« ist mit der Begründung, daß es in der Nachwendezeit in Brandenburg »chaotische Verwaltungsstrukturen« gab. Weiter wurde jetzt der Begriff »Satzung« ersetzt durch den präzisierten Begriff »rechtswirksame Satzung«. Damit sollte erreicht werden, daß – unabhängig vom Zeitpunkt der Fertigstellung der Maßnahme – die vierjährige Verjährungszeit erst dann zu laufen beginnt, wenn eine »rechtswirksame« Satzung vorliegt. Dazu wurde den Aufgabenträgern/Satzungsgebern sehr großzügig viel Zeit eingeräumt, so daß sich die Fristen extrem verlängerten und gar 25 Jahre erreichen konnten. All diese – mir fällt kein passenderes Wort ein – Tricks reichten jedoch immer noch nicht, einfach weil es nicht ganz leicht ist, jedenfalls unter Wahrung einer rechtlichen Legitimation, in bereits abgeschlossene Vorgänge einzugreifen – um sie wieder zu beleben. Die Landesregierung, hier Abt. Wasserwirtschaft, hat unter Hinweis auf vorhandene Satzungen ausdrücklich darauf hingewiesen, daß in jedem Fall der »Schein der Rechtsgeltung« erhalten bleiben muß.

## Ungelöste Probleme

Die in den neunziger Jahren errichteten Anlagen sind nun nach 25 und mehr Jahren abgeschrieben, also von uns mit – in den Gebühren enthaltenen – Abschreibungsbeträgen bezahlt. Diese Beträge fallen jetzt weg, die Gebühren fallen – sollte man meinen. Das Geld liegt aber nicht bereit, um neu zu bauen. Ob man überhaupt neu bauen muß, ist damit gar nicht gesagt, denn die Anlagen sind ja nach wie vor funktionstüchtig und sie entwässern das Land wirksam! Jetzt gilt es, nicht zu entwässern, sondern zu bewässern, was bei geltenden Auflagen der Landesregierung, die regelrechten Verboten gleichen, nicht so leicht zu realisieren ist.

Im Bereich größerer Städte und geschlossener Siedlungen sind unbestritten Erneuerungen und Modernisierungen notwendig. Nicht alle Aufgabenträger der Daseinsvorsorge können sich das leisten. Die Schuldenlast drückt und Forderungen nach Beiträgen sind nun endgültig verjährt. Sind sie das?

Zudem ist das Problem der sogenannten Nebenkosten zu lösen, die in nennenswerter Größenordnung angefallen sind, um zu Unrecht erhobene Beiträge einzutreiben. Nach § 224 BGB sind mit Verjährung der Hauptforderung auch die Nebenkosten verjährt. Gerichte und Anwälte wollen aber bezahlt werden. Möglicherweise hilft hier die Erfindung eines Begriffs, den das Bürgerliche Gesetzbuch nicht kennt: die »hypothetische Verjährung«. Dieser Begriff ermöglicht nun, so die Absicht, Nebenkosten als nach wie vor bestehend und realisierbar zu deklarieren, denn die Nebenkosten sind ja erst dann (mit)verjährt, wenn die Hauptforderung unwiderruflich – also nicht hypothetisch – verjährt und nicht mehr realisierbar ist. Hier ist Streit vorprogrammiert und es ist unklar, wie der ausgeht. Erst vor Bundesgerichten haben wir Chancen!

## Ausblick

Aber auch nach 25 Jahren Nicht-Verjährung von Beitragsforderungen ist der Katalog der Maßnahmen – für die Errichtung von Kanalanlagen den Bürger zahlen zu lassen – noch nicht abgeschlossen. Zwar sind die Beiträge »vom Tisch«, aber jetzt ist ein neues Kommunalabgabengesetz (KAG) in Vorbereitung. Es handelt sich um das siebte Gesetz zur Änderung des KAG, Drucksache 7/8834 vom 29.11.2023. Darin spielen sogenannte »Wiederbeschaffungszeitwerte« (WBZW) eine Rolle.

Hintergrund ist, daß es keinen Grund mehr gibt, Abschreibungsanteile zu fordern und damit die Gebühren, hier Grundgebühren, um diese Anteile zu reduzieren sind (s.o.). Das ist in Berlin auf Forderung des Bundeskartellamtes passiert. Gleiches wäre für die Aufgabenträger in Brandenburg jedoch ein wahres Horrorszenario, denn, so heißt es immer, es ist kein Geld da! Es müssen Wege gefunden werden, den Bürger erneut/weiterhin zur Kasse bitten zu können. Ein Gesetz, das die Bürger verpflichtet, jetzt für die »Wiederbeschaffung« vorhandener, abgeschriebener, also bezahlter Anlagen erneut zu bezahlen, also das neue KAG, entpuppt sich damit als »Gelddruckmaschine«. Nach Wegfall der Abschreibungen (wird natürlich gar nicht erwähnt!) soll es jetzt neue Abschreibungen nach WBZW, natürlich mit Zinsen, geben, für Geld, das noch gar nicht aufgewendet wurde! Da stellt sich jeder die Frage, wie man »hypothetische« Kosten kalkuliert, um dann Abschreibungen berechnen zu können. Diese Frage beantwortet der KAG-Entwurf nicht. Ohne berechnen zu müssen ist aber eines von vornherein klar: Weil die Wiederbeschaffung in der Regel teurer ist als die ursprüngliche Investition (Baupreise, Material, Löhne, Energie, neue Technik, Inflation), werden die Gebühren nicht fallen sondern steigen. Das hat Gerlinde Schermer, Berliner Wassertisch e.V., den Abgeordneten im Innenausschuß des Landtages Brandenburg (AIK) haarklein erläutert und im Klartext – wie in Berlin geschehen – von 15 % gesprochen. Das sollten, so Schermer, die Abgeordneten bedenken, wenn sie über das Gesetz abstimmen! Ich habe mir die Debatte im Ausschuß angehört und den Eindruck gewonnen, daß die von uns gewählten Abgeordneten, die ja unsere Interessen zu vertreten haben, nicht in der Lage und nicht bereit sind, so weit zu denken. Sie hoffen und glauben wohl, daß wir die »Kröte« schlucken und bei der üblichen Lethargie der Brandenburger ist diese Hoffnung nicht unbegründet.

Natürlich, man erzählt uns ja immer, daß wir in einem Rechtsstaat leben, kann man gegen diese »Abzocke« (ein freundlicheres Wort fällt mir an dieser Stelle nicht ein) klagen. Ein bereits vorliegendes Urteil eines Verwaltungsgerichts in NRW läßt Hoffnung aufkommen. Wir wissen aber, daß wir bis zum OVG Berlin-Brandenburg keinen Erfolg haben werden und können kaum hoffen, daß wir ein – vielleicht – rechtskonformes Urteil eines obersten Gerichts noch erleben werden, jedenfalls wenn wir schon ein fortgeschrittenes Lebensalter erreicht haben. Ob es noch einmal eine machtvolle Bürgerinitiative »Wasser« geben wird? Die Lage ist unhaltbar! Dazu fällt mir nur noch ein kurzes Gedicht von Eugen Roth ein: Ein Mensch sieht schon seit Jahren klar, die Lage ist ganz unhaltbar. Jedoch am längsten leider hält, das Unhaltbare auf der Welt.

## Wie weiter mit dem Radverkehrskonzept?

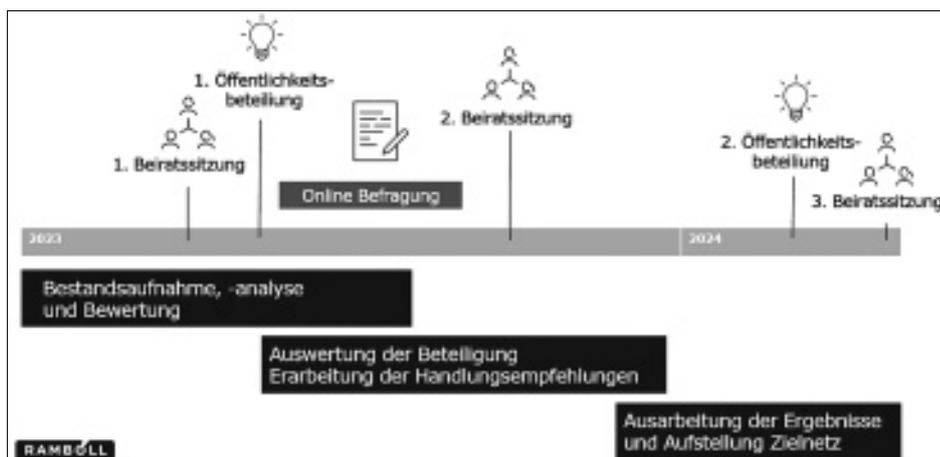
**Eberswalde (bbp).** Am 19. Februar fand als zweite Öffentlichkeitsbeteiligung im Zuge der Erstellung des Radverkehrskonzeptes des Landkreises Barnim (vgl. BBP 3/2024) im Plenarsaal des Kreishauses eine Bürgerversammlung statt. Dies teilte auf Nachfrage der Pressesprecher der Kreisverwaltung Robert Bachmann mit.

»Diese Veranstaltung«, so der Pressesprecher, »beinhaltete die Vorstellung der Ergebnisse der bisherigen Beteiligungen sowie die Vorstellung des Zielnetzes und des Handlungs- und Maßnahmenplans.« Darüber hinaus wurden an drei Thementischen die jeweiligen Maßnahmen sowie das Radnetz diskutiert und erklärt. »Die Ergebnisse der Beteiligungen flossen nach entsprechender fachlicher Prüfung in die Erarbeitung des Entwurfs des Radverkehrskonzeptes für den Landkreis Barnim mit ein.«

Zur Frage, warum es dazu noch keine öffentlichen Informationen gab, sagte Bachmann: »Der Bericht zur 2. Öffentlichkeitsveranstaltung ist noch in der Bearbeitung und wird schnellstmöglich auf der Website des Landkreises Barnim veröffentlicht. Ein weiteres Beteiligungsformat ist nicht vorgesehen. Im weiteren Vorgehen fand anschließend am 27. Februar die 3. Beiratssitzung statt. Aktuell wird das Zielnetz

weiter angepasst und optimiert. Die Fertigstellung des finalen Radverkehrskonzeptes wird im Sommer 2024 erwartet. Anschließend durchfließt es alle Gremien der internen Verwaltung und wird dann durch den Kreistag beschlossen.«

Trotz der Verzögerungen beim Öffentlichmachen wird der vom Ingenieurbüro RAMBOLL entwickelte Projektverlauf eingehalten (Grafik). An dem Verfahren interessierte Leserinnen und Leser sprachen indes angesichts der mangelnden Transparenz von einem »ungenuten Gefühl«. Offenbar gebe es nach finaler Beteiligung und der 3. Beiratssitzung Gründe, die Öffentlichkeit außen vor zu lassen. »Enthält der Stand der Konzeptionierung möglicherweise andere Schwerpunkte als bislang erwartet? Enthält die aktuelle Konzeptionierung Konfliktpotential, wegen dem vor einer Offenlegung an der verkehrspolitischen Marschrichtung gebastelt wird?«



## 15. Tag der Sortenvielfalt

**Am 12. Mai findet auf dem Gewächshausgelände des Forstbotanischen Gartens der Hochschule für nachhaltige Entwicklung in der Zeit von 10 bis 17 Uhr der Tag der Sortenvielfalt statt.**

Zum 15. Mal treffen sich Gärtner und Händler zu einem bunten Pflanzenmarkt rund um das Gewächshaus, um eine große Vielfalt alter und neuer Nutzpflanzen sowie samenfestes Saatgut anzubieten. Veranstaltet wird der Tag vom FORSTBOTANISCHEN GARTEN der Hochschule für nachhaltige Entwicklung und der STIFTUNG WALDWELTEN. Er findet in Kooperation mit dem VERN e.V. aus Greiffenberg, der Stadt Eberswalde und vielen weiteren Mitwirkenden statt.

Wer seltene Gemüsesorten und heimische Krautpflanzen für den Garten sucht, ist hier genau richtig. Nach dem Motto »Erhalte die Vielfalt« kann man an diesem Tag unter anderem Pflanzenraritäten sowie wilde und hei-

lende Kräuter erwerben. Neben der Beratung von Experten an den einzelnen Marktständen gibt es auch Workshops zu verschiedenen Themen wie z.B. Baumschnitt, Veredelung und Walnüsse. Ein buntes Kinderprogramm mit Strohhüpfburg, Slackline, Theaterworkshop für Kinder mit Nadja Erdmann sowie kulinarische Köstlichkeiten von regionalen Händlern laden zum Verweilen ein. Umrahmt wird der Markt musikalisch durch die Sängerin Vera Thaxton, die Musiker Oliver Brauner, Eugen Fraenger und Volkmar Gutsche. Am späten Nachmittag wird es eine Aufführung des Kinderzirkus »Hand in Hand« unter Leitung von Janana Klemm geben.

## Wandertips

von BERND MÜLLER

### Rund ums Ökodorf Brodowin

Ostermontag, 1. April, ca. 8 km, keine Steigungen, aber z.T. Kopfsteinpflaster, feste Schuhe.

Wir beginnen an der Buswendeschleife, gehen durch das ehemalige Ferienlager und bis zum Elsenbruch über den Fennweg. Von dort wandern wir in Richtung Kienitzstein. Nach kurzer Rast geht es weiter bis zum großen Stein und auf einem sehr interessanten Waldweg wieder zurück zur Buswendeschleife.

Treff: 11 Uhr an der Buswendeschleife, 16230 Brodowin, Dorfstr. 42. Gebühren: 4 Euro/2 Euro.

### Grützpott oder Stolper Turm?

Sonntag, 7. April, geführte Wanderung mit dem Türmer zu Stolpe, Dr. Ralf-Dietmar Hegel.

Der Rundgang zur Geschichte und Gegenwart des Ortes Stolpe beginnt mit der Erkundung der romanischen Turmburg, die mit hoher Wahrscheinlichkeit am Ende des 12. Jahrhunderts von dänischen Herrschern erbaut wurde. Das Renaissanceschloß und das Erbbergnis der Familie von Buch sind mit dem Namen LEOPOLD VON BUCH (1774-1853) verbunden, den ALEXANDER VON HUMBOLDT als den bedeutendsten Geognosten Deutschlands bezeichnete. Auf der historischen Spurensuche wird der Kanal und das Deich- und Poldersystem gestreift. Enden wird die Führung am ehemaligen Betonwerk, das in jüngster Zeit mit Kulturprojekten Aufmerksamkeit erregt.

Treff: 13 Uhr Parkplatz Hohensaaten-Friedrichsthaler Wasserstraße, Leopold-von-Buch-Straße, OT Stolpe, Angermünde, 6 Euro/3 Euro.

### Grumsiner Forst (Nordroute)

Sonnabend, 20. April 2024, geführte Wanderung mit Dr. Michael Luthardt, 6-8 km, ca. 3 Stunden, festes Schuhwerk, max. 30 Teilnehmer.

Wunderbarer Buchenwald und die Eiszeitlandschaft des Grumsiner Forsts, dem Unesco-Weltnaturerbe, erwarten die Teilnehmer. Für Kaffee und Kuchen wird gesorgt. Besuch des Ateliers Louisenhof ist eingeplant.

Treff: 10.30 Uhr Bahnhof Angermünde, Bahnhofsplatz, 16278 Angermünde (Busfahrkarte).

### Die polnische Seite der Oder

Sonntag, 21. April, Filmvortrag und Führung

Manuela Grundmann lädt zusammen mit dem polnischen Ornithologen A. Oleksiak zu einem interessanten Filmvortrag über die Tierwelt der polnischen Oderseite ein. Im Anschluß gibt es eine Führung über das Gelände des Hauses der Naturpflege (Eintritt 2 Euro).

Treff: 13 Uhr, Haus der Naturpflege, Dr.-Max-Kienitz-Weg 2, 16259 Bad Freienwalde

Anmeldung unter 03344/3002881, oderland@naturfreunde.de oder WhatsApp 0160/7500540. Gebühr (wenn nicht anders angegeben): 5 Euro, ermäßigt 2,50 Euro. Mitglieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland und Kinder mit Familienpaß Brandenburg kostenfrei.

## Zehn Jahre Rüdritzer Bürgerbibliothek

Unsere Bibliothek wurde vor 10 Jahren vom Bürgerverein ins Leben gerufen. Seitdem haben dort zahlreiche Interessengruppen ein festes »zu Hause« gefunden, die bis dahin in unterschiedlichsten Räumen untergebracht waren. Dazu gehören besonders langjährige und wichtige Treffen für unsere Senioren(innen) der Gemeinde wie:

- das SENIORENCAFE, seit 15 Jahren sehr beliebt und stark frequentiert
- wöchentliches Gehirnjogging, Rätsel, Bingo bei Kaffee und Kuchen
- die SINGEGRUPPE besteht seit 14 Jahren
- die ISR (Interessengemeinschaft Seniorenarbeit Rüdritz) schon 15 Jahre
- die SPIELGEMEINSCHAFT (Karten) trifft sich seit 20 Jahren
- VORLESEN für unsere KITA-Kinder.

Weiterhin wird die Bürgerbibliothek für Vorträge (u.a. »Pakt für Pflege«), Autorenlösungen und weitere Veranstaltungen genutzt.

Die Bürgerbibliothek verfügt also nicht nur über 3.600 Bücher und 200 Leser, sondern ist ein wichtiger Treffpunkt in unserer Gemeinde. Wir können mit Stolz sagen, daß alle Aktivitäten durch ehrenamtliche Leistungen unserer Seniorinnen und Senioren am Leben erhalten werden.

Wenn Sie Näheres erfahren möchten, dann schauen Sie einfach mal vorbei in Rüdritz. Die Bürgerbibliothek hat am Montag, Mittwoch und Freitag jeweils von 16 bis 18.30 Uhr geöffnet. Zu den Öffnungszeiten sind wir auch telefonisch unter 03338/3670802 erreichbar.

REGINA BECKER und BRIGITTE DAHL

### Anzeige



## Dienstleistungsunternehmen im Bereich der häuslichen und ambulanten Pflege für Kinder mit chronischen Erkrankungen

LIEBE LEUTE GROSS UND KLEIN,  
IHR SUCHT HILFE?  
DANN SCHAUT REIN!

### Wir sind ein junges Team mit viel Empathie und Engagement.

Wir sorgen gemeinsam mit Ihnen für einen reibungslosen Ablauf unserer Schützlinge in einer Kita oder in der Schule, damit sich jeder auf seinen Alltag konzentrieren kann.

Wir helfen bei der kindgerechten Integration und einem normalen Umgang mit der jeweiligen Erkrankung des Kindes.

Wir sind Unterstützer, Zuhörer und Berater. Wir finden gemeinsam mit Ihnen, den Ärzten und Krankenhäusern, sowie Schulen und Kitas die Rundum-Lösung für Ihr Kind und Sie!



### Juliane Gericke & Anneka Brandenfels

Sie erreichen uns von Montag bis Freitag zwischen 8 und 16 Uhr telefonisch unter 030/28509517 oder jederzeit per eMail unter info@julanka.com

Suchen Sie **Unterstützung** für zu Hause, in der Kita oder in der Schule, damit Sie Ihren **Arbeitsalltag** wieder **sorglos** gestalten können?

Suchen Sie jemanden, der sich **stundenweise** um Ihr Kind kümmert, damit Sie **Termine** wahrnehmen oder einfach mal **durchatmen** können?

Benötigt Ihr Kind eine **Begleitung** bei Wandertagen, Ausflügen oder Klassenfahrten?

Haben Sie **Fragen** zum Thema **Diabetes mellitus Typ 1**?

### Wir bieten Ihnen medizinische Dienstleistungen für Kinder und Jugendliche

- individuelle Diabetesversorgung in der Kita oder Schule zu den Mahlzeiten und zum Sport
- sterile Einmalkatheterisierung
- Vitalzeichenkontrolle während der Mittagsruhe
- Begleitung auf Ausflügen und Klassenfahrten
- Kinderbetreuung stundenweise im privaten Bereich
- Schulungen von Bezugspersonen (z.B. Großeltern, Lehrer und Erzieher)
- Unterstützung bei Antragstellung
- Alltagsunterstützung zu Hause

### Ihr Rundum Sorglospaket

- Versorgung nach § 37 SGB V über die Verordnung häusliche Krankenpflege
- Betreuung in Notfallsituationen nach § 20 SGB VIII
- Verhinderungspflege nach § 39 SGB XI
- Eingliederungshilfe nach SGB IX
- Private Leistungen

**Bei Fragen stehen wir Ihnen unter info@julanka.com zur Verfügung.**

## »Fallada in Zepernick«

Am Freitag, den 19. April, wird der in Berlin lebende Autor Roland Lampe aus seinem Buch »Paradies mit Brennesseln. Hans Fallada in Brandenburg« lesen.

Hans Falladas Leben »auf dem Land« wird zumeist mit Mecklenburg-Vorpommern in Verbindung gebracht. Aber wer weiß schon, daß er seinen Weltbestseller »Kleiner Mann - was nun?« im brandenburgischen Neuenhagen schrieb? Und daß er seine Süchte und Schlaflosigkeit mehrfach in der Schauß'schen Klinik seines Freundes Willi Burlage in Zepernick zu heilen suchte?

In seinem 2023 erschienen Buch beschreibt Autor und Archivar Roland Lampe zehn Orte in Brandenburg, in denen der bedeutende Schriftsteller Fallada Spuren hinterließ. Selbst Fallada-Kenner werden die Orte Grünheide,

Templin oder Hermannswerder nicht unbedingt mit dem Autor von »Kleiner Mann, was nun?« oder »Geschichten aus der Murkelei« in Verbindung bringen. Geschweige denn mit Zepernick!

Unterhaltsam und anschaulich bringt Lampe uns einen bedeutenden Schriftsteller des 20. Jahrhunderts und sein Leben in Brandenburg näher. Im Anschluß ist Gelegenheit für einen Austausch.

THORSTEN WIRTH

Forum Grundschule Zepernick, Schönerlinder Str. 47, Eingang Möserstr., Freitag, 19. April ab 19 Uhr, Eintritt: 8 Euro

Tourismusverein Naturpark Barnim:

## Einladung zum Frühjahrs-Stammtisch

**Biesenthal (bbp).** Am Montag, den 22. April, lädt um 18 Uhr der Tourismusverein Naturpark Barnim zu seinem »Frühjahrs-Stammtisch 2024« in die Galerie im Rathaus Biesenthal (Am Markt 1, 16359 Biesenthal) ein.

Der Vorstand möchte seinen Mitgliedern von den angepaßten Strukturen und personellen Veränderungen berichten. Dabei werde sich auch der neue Mitarbeiter des Tourismusvereins, Danny Dittberner, vorstellen. »Anschließend werden wir Ihnen den Stand unserer Gespräche mit der Gemeinde Wandlitz und dem Amt Biesenthal-Barnim zur Aktualisierung unserer Partnerschaftsverträge aufzeigen sowie über den Stand der wichtigsten und neuerer Projekte für das Jahr 2024 informieren«, heißt es in der Einladung.

Eine Vertreterin des »Weltladen Wandlitz« wird über die Idee eines »Wandlitzer Kaffee« berichten. Mit Unterstützung der Buchhandlung Wandlitz soll es eine »Literaturfahrt 2024« geben. Außerdem geht es um die Pla-

nung von Ortsteilwanderungen, die Wiederbelebung touristischer Ausschilderungen, die Präsenz des Vereins auf dem »Hafengeburtstag Hamburg« und zum 3.10. in Berlin, um geplante Drucksachen und die Ergebnisse der Mitwirkung in Arbeitsgruppen und Initiativen.

Mit Blick auf die nächsten Jahre möchte der Vorstand mit den Vereinsmitgliedern über Ideen für einen nachhaltigen Tourismus sprechen, um dazu perspektivisch einen Kriterien- und Maßnahmenkatalog vorbereiten zu können. Darüber hinaus sei der Frühjahrs-Stammtisch »selbstverständlich auch für Ihre Themen offen - und das gesellige Zusammensein soll ebenso nicht zu kurz kommen«. Für einen abendlichen Imbiß Sorge das »Cafe Auszeit« Biesenthal und Getränke stehen bereit.

Die Vorsitzende des Galeriebeirates, Sabine Voerster, freut sich auf Gespräche über die »Galerie im Rathaus Biesenthal«, ebenso Klaus Storde zur aktuellen Ausstellung »Druckgrafik II« mit Arbeiten seiner Schüler.

## Rettung für Assange?

**Eberswalde (bbp).** In der Stadt Eberswalde wird derzeit diskutiert, Julian Assange zum Ehrenbürger zu ernennen. Derweil gibt es Neuigkeiten aus Großbritannien. Der Londoner High Court entschied am 26. März, daß der Wikileaks-Gründer nicht unmittelbar an die USA ausgeliefert werden darf.

Der Berufungsantrag der USA wurde in sechs von neun Punkten abgelehnt. Bei drei weiteren Punkten hänge es davon ab, ob die US-Regierung und der britische Innenminister entsprechende Garantien abgeben könnten. Dafür setzten die Richter eine Frist von drei Wochen. Die US-Regierung muß bis dahin »auf zufriedenstellende Weise« garantie-

ren, daß Assange bei einem Verfahren in den USA unter dem Schutz der Gesetze zur Meinungsfreiheit stehe und daß ihm nicht die Todesstrafe droht. Die endgültige Entscheidung über eine letzte Berufungsmöglichkeit für Julian Assange wurde auf den 20. Mai vertagt.

## Die Cookiefalle

Mich ärgert es zunehmend, wenn Zeitungen mich erst erpressen, ihre Cookies zu akzeptieren, und dann die Inhalte trotzdem nicht zeigen, sondern ich nach Akzeptieren der Cookies einfach nur den Teaser und den Hinweis kriege, dass ich den Artikel nur im Abo lesen kann. Ich halte das für unlauter.

LEENA (reticuleena@digitalcourage.social)

## BBP-Bücherkiste

In der neunten BBP-Bücherkiste haben wir uns mal wieder ausschließlich aus dem Nachlaß von NORBERT GLASKE bedient. Interessenten wenden sich bitte an die Redaktion (Kontakt siehe Impressum auf Seite 16). Ausgeliefert wird einmal im Monat, immer zusammen mit der jeweils aktuellen Bürgerpostausgabe.

\*\*\*

• **Mathias Bröckers & Paul Schreyer: Wir sind die Guten.** Ansichten eines Putinverstehers oder wie uns die Medien manipulieren, Westend Verlag Frankfurt am Main September 2014, Spende.

Untertitel und Erscheinungsdatum sagen wohl genügend darüber aus, worum es in dem Buch geht. Für Ältere und in der DDR Aufgewachsene dürfte interessant sein, daß Paul Schreyer der Sohn des Schriftstellers Wolfgang Schreyer ist, mit dem er bis zu dessen Tod im Jahr 2017 eng zusammengearbeitet und auch gemeinsame Bücher veröffentlicht hat.

• **Martha Schad: Stalins Tochter.** Das Leben der Swetlana Allilujewa, Bastei Lübbe Bergisch Gladbach 2004, 445 Seiten, Spende.

Die Biographie von Martha Schad, die zuvor biographische Arbeiten über die bayerischen Königinnen und Kaiserin Elisabeth von Österreich veröffentlichte, wird wohl kaum mit dem Vermerk »historisch wertvoll« in die Archive kommen. In den im Westen sehr erfolgreichen Memoiren von Swetlana Allilujewa (Zwanzig Briefe an einen Freund) fanden sich bis dahin unbekannte Einblicke in das Familienleben Stalins. Schad zitiert eifrig daraus, jedoch unreflektiert. Im Vordergrund steht das Privatleben der »Stalintochter«.

• **Gruppe Kommunistische Arbeiterzeitung: Unsere Oligarchen.** Spitzen des Finanzkapitals, Egendruck im Selbstverlag Nürnberg 2017, Spende.

Die 12 Portraits, die dem deutschen Finanzkapital ein Gesicht geben, erschienen ursprünglich 2016/17 in monatlicher Abfolge in der Zeitung der DKP »Unsere Zeit« (UZ). Die 12 heißen Siemens und Porsche, Quandt und Mohn (Bertelsmann), Kröner (Fresenius) und Oetker, Bosch und Plattner (SAP), Voith und von Brandenstein-Zeppelin, Schäffler und Henkel.

• **Karl Marx · Friedrich Engels · Wladimir Iljitsch Lenin: Portraittfotos.** Spende.

• **Günter Heribert Münzberg: Fette Beute.** Ein Insider berichtet aus der Treuhandanstalt, Spende

• **Stefan Bollinger: Meinst du, die Russen wollen Krieg?** Über die deutsche Hysterie und ihre Ursachen, Verlag Am Park, Spende.

• **www.americanrebel.de: Man müßte nur die Wahrheit drucken.** Man müßte aufhörn sich zu ducken, Spende.

• **Hellwig/Oley: Der 20. Juli 1944 und der Fall Heusinger.** VdN, Spende.

## Musiktalente gesucht!

Am 4. Mai öffnet der Joachimsthaler Verein KULTURHAUS HEIDEKRUG zum zweitenmal seine Bühne für Talente der Region. Gesucht werden Singer-Songwriter und Bands aller Stilrichtungen, Musiker, die Lust haben, ihre eigenen Kompositionen oder Interpretationen von Songs auf die Bühne des Heidekrug zu bringen. Jede und jeder ist willkommen – es gibt keinen Perfektionsanspruch! Alle Interessierten sind gebeten, baldmöglichst ihren Mitmach-Wunsch per eMail an [info@heidekrug.org](mailto:info@heidekrug.org) zu schicken. Der Eintritt zum Konzert ist frei.

RUTH BUTTERFIELD

## Jazz in E.

Die 29. Ausgabe des Festivals »Jazz in E.«, welches immer am verlängerten Himmelfahrtswochenende über die Bühne geht, wirft seine Schatten voraus. Der Vorverkauf für die Festivaltage vom 8. bis 11. Mai 2024 ist im Gang. Die Karten für die einzelnen vier Konzertabende gibt es zum Vorverkaufspreis von jeweils 22 bzw. 16 Euro (ermäßig).

Karten sind online über den Mescal Ticketshop ([mescal-shop.tickettoaster.de/produkte](http://mescal-shop.tickettoaster.de/produkte)), sowie bei verschiedenen Vorverkaufsstellen in Eberswalde erhältlich, siehe die Adressen im nachfolgenden Veranstaltungstelegramm. Dort ist auch das komplette Festivalprogramm im Kurzüberblick verzeichnet.

UDO MUSZYNSKI

## Fotoclub Eberswalde

Bist du Hobby-Fotograf, Grünschnabel oder Vollprofi? Der Fotoclub Eberswalde sucht Interessierte für den entspannten Austausch von Erfahrung und Technik, der Auseinandersetzung mit Tradition und einer Reise in die Zukunft der Fotografie.

Fotografen sind Einzelkämpfer. Im Fotoclub richtet sich das Betätigungsfeld wie bei allen Amateuren nach persönlichen Vorlieben. Eine starke Fraktion widmet sich der Naturfotografie: Landschaft, Vögel, Fische, Wild, Oderbruch, Wald. Etwas unterrepräsentiert sind die Fans der Porträt- und Reportagefotografie. Die freuen sich ganz besonders auf Verstärkung.

Der Fotoclub trifft sich jeden zweiten und letzten Montag des Monats um 18 Uhr im Hebewerk in der Havellandstraße 15 im Brandenburgischen Viertel in Eberswalde.

Bei Interesse freuen wir uns über eine kurze Anmeldung bei einem der beiden Ansprechpartner, Achim Kuhn 0172/3127439 und Hans-Jürgen Siebert 0162/7961356.

Für die Qualität der Eberswalder Hobby-Fotografen sprechen übrigens einige Ausstellungen und Preise beim deutschlandweiten Wettbewerb »100 Bilder des Jahres«, der Barnack-Biennale der Gesellschaft für Fotografie sowie den Kreisfotoschauen.

CHRISTOFF GÄBLER, HEBEWERK e.V.

E-Mail: [info \(at\) hebewerk-eberswalde.de](mailto:info(at)hebewerk-eberswalde.de)  
Web: [hebewerk-eberswalde.de](http://hebewerk-eberswalde.de)

## Guten Morgen im April

Mit den Guten-Morgen-Eberswalde-Ausgaben 874 bis 877 freuen wir uns auf die Abenteuermusik von BRUCHGOLD & KORALLE (6.4.), NICOLE GOSPODAREK und ihr Theaterstück »Die Zeitdiebe« (13.4.), auf Folkmusik mit TWORNA (20.4.) und auf Blues für Jens mit DR. SLIDE im Rahmen einer *Luftkur* im Park am Weidendamm (27.4.). Guten-Morgen-Eberswalde findet seit dem 14. Juli 2007 ausnahmslos an jedem Sonnabend statt und ist eine Einladung an alle Bürger und Bürgerinnen und die Gäste der Stadt. Wir sind öffentlich sichtbar, das Programm ist zum allergrößten Teil für alle Generationen geeignet, die Teilnahme hängt nicht am Geldbeutel, denn der Eintritt ist frei. Wir treffen uns um HALBELF am Vormittag, zu einer Tageszeit, die es auch älteren Menschen und Familien mit Kindern möglich macht, dabei zu sein. Ermöglicht wird Guten-Morgen-Eberswalde durch ein breites Netzwerk von Unterstützern.

UDO MUSZYNSKI

## Kapital und Ideologie

### URANIA-Veranstaltungsreihe

(bbp-bernaul). In der 6-teiligen Podiumsdiskussion zu »Kapital und Ideologie« von Prof. Thomas Picketty folgt im April das nächste Kapitel mit dem Titel »Die Sklavenhalter- und Kolonialgesellschaften«, vorgetragen von Dr. rer. pol. Dieter Korczak.

Gäste sind in den Bernauer URANIA-Räumen wie immer gegen ein Entgelt herzlich eingeladen. Am 18. April, 17 - 18.30 Uhr, Preis 3 Euro (ermäßig 2 Euro). Buchung erwünscht über Anmeldeformular [ogy.de/z9py](http://ogy.de/z9py) oder auch telefonisch, nur donnerstags, 10 - 13 Uhr unter 03338/5719 beim Urania Barnim e.V., Eberswalder Straße 9 in Bernau.

## impresum

**herausgeber:** Barnimer Bürgerpost e.V.  
**anschrift:** Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde  
**telefon:** (0 33 34) 35 65 42 (AB)  
**eMail:** [redaktion@barnimer-buergerpost.de](mailto:redaktion@barnimer-buergerpost.de)  
**internet:** [www.barnimer-buergerpost.de](http://www.barnimer-buergerpost.de)  
**redaktion:** Gerd Markmann  
**druckerei:** Grill @ Frank · (0 33 34) 25 94 088  
**redaktionsschluß:** 21. März 2024

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 3 vom 1. Januar 2023. Abopreise (12 Ausgaben): Normalabonnement 9 Euro, ermäßig 3 Euro, Förderabo ab 12 Euro. Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 22. April 2024.

## Barnimer Bürgerpost

### Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 Euro)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 Euro)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 Euro = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 Euro = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit monatlich. Doppelausgaben für zwei Monate sind möglich. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige.

Beim Vertrieb über einen Zustelldienst wird eine **Versandkostenpauschale von 10 Euro pro Jahr** erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle  per Lastschrift  per Rechnung

IBAN  BIC  Bank

Name, Vorname  Straße, Hausnummer

PLZ, Ort  Datum, 1. Unterschrift

**Widerrufsrecht:** Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum, Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

Die »Barnimer Bürgerpost« soll als **Geschenkabo** an folgende Adresse geliefert werden:

Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung dieses Angebots)

**Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde**  
(Bestellmöglichkeiten per Telefon und eMail siehe Impressum)